



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 52 März/2 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

In drei Schritten zur Erkenntnis

Von Caitlin Johnstone

Ein erster Schritt besteht darin, zu lernen, dass die Weltanschauung des Mainstream-Konsenses eine Lüge ist und dass wir seit unserer Kindheit mit machtdienender Propaganda über unsere Gesellschaft, unsere Nationen, unsere Regierungen und unsere Welt gefüttert wurden. Die meisten Menschen haben es noch nicht einmal bis zu diesem ersten Schritt geschafft.

In einem zweiten Schritt muss uns klar werden, wie wir belogen wurden. Viele Leute, die es über den ersten Schritt hinausschaffen, geraten ab hier durcheinander. Viele von ihnen fallen auf blöde rechte Narrative über Juden herein, die angeblich die Welt beherrschen sollen. Über eine globalistische pädophile Kabale und Elite-Verschwörungen, die unsere Kinder zu Transgendern oder was auch immer machen wollen. Ihre Ideologie verbietet es ihnen, die wirklich zugrunde liegende Dynamik des Kapitalismus und den Aufbau eines Imperiums durch die eigene Regierung klar zu erkennen. Sie legen viel zu viel Wert darauf, dass Dinge wie Impfstoffe und die Zukunft des Transhumanismus genutzt werden, um eines Tages eine orwellsche Dystopie zu erschaffen. Weil ihre Weltanschauung es ihnen verbietet zu erkennen, dass wir bereits in einer machtdienenden gedankengesteuerten Dystopie leben.

Wieder andere gehen einfach nicht weit genug, um die Mainstream-Weltanschauung aus ihrem Kopf zu extrahieren. Sie fragen nicht tief genug danach, was wirklich Realität ist. Viele selbsternannte Sozialisten und Anarchisten glauben immer noch an falsche Mainstream-Narrative über Regierungen, die auf das Im-

perium setzen. Oder sie glauben immer noch an die machtdienende Dynamik der Parteipolitik. Schritt zwei erfordert viel harte, aufrichtige, intellektuell ehrliche Arbeit an sich selbst, um zu lernen Fakten von Fiktionen zu trennen.

Schritt drei heisst, zu lernen, was man dagegen tun kann und zu beginnen, Massnahmen zu ergreifen. Er bedeutet ein Arbeiten an unserem Bewusstsein, um es auf all das zu erweitern, was wirklich vor sich geht. Und um anderen dabei zu helfen, die Schritte eins und zwei zu meistern. Denn das einzige was jemals zu dauerhaften positiven Veränderungen im menschlichen Verhalten führte, ist eine Erweiterung des Bewusstseins. Je mehr Menschen es bis zum dritten Schritt schaffen, desto mehr Menschen wird es geben, die dabei helfen, alle anderen aufzuwecken.

Wer würde ohne das US-Militär die Welt vor Ballons und Erdgaspipelines schützen? Es ist sicherlich interessant, dass Russland die einzige Nation der Welt ist, die Schweden dazu drängt (<https://archive.is/rKusl>), die Ergebnisse seiner Untersuchung des Anschlags auf die Nord-Stream-Pipelines zu veröffentlichen. Während eine US-amerikanische UN-Beamtin auf «Zurückhaltung» bei den Untersuchungen des Vorfalls drängt (<https://twitter.com/caitoz/status/1628176919517868032>).

Die Verantwortung des US-Imperiums für das Attentat auf die Nord-Stream-Pipelines ist zu einem jener offenen Geheimnisse geworden, auf die ein jeder die Antworten kennt, die aber niemand offiziell bestätigen will. So zum Beispiel ist es ein offenes Geheimnis, dass Israel über ein Nukleararsenal verfügt – wobei Seymour Hersh ebenfalls dazu beigetragen hat, es aufzudecken.

(<https://www.proquest.com/openview/12a4100cb67deb0cd5b4adbde424b410/1?pq-origsite=gscholar&cbl=720>).

Über die Redefreiheit

Freie Meinungsäusserung ist bedeutungslos und wertlos, wenn man sie nicht dafür nutzt, um sich wirklicher Macht zu widersetzen. In westlichen «Demokratien» wird die Mehrheit der Menschen in einer Weise mit Propaganda eingedeckt, dass sie im Einklang mit den Interessen des westlichen Imperiums sprechen, denken und handeln. Man könnte sie genauso gut mit vorgehaltener Waffe dazu zwingen, das zu sagen, was sie sagen sollen. In totalitären Regimen sagt man das, was die Herrscher hören wollen, weil man durch Gewaltandrohung geradezu dazu gezwungen wird. In «freien Demokratien» sagt man das, was die Herrscher hören wollen, weil man durch Propaganda psychologisch dazu gezwungen wird. Im Endergebnis ist es das Gleiche.

Reagan hat einmal darüber gescherzt, dass die Sowjets denken, sie seien frei, weil sie die US-Regierung so oft kritisieren dürfen, wie sie wollen. Die Menschen im Westen glauben, sie hätten Redefreiheit, aber sie benutzen diese «Redefreiheit» niemals, um das tyrannische Imperium zu kritisieren, unter dem sie leben.

Die freie Meinungsäusserung wird als wichtiges Menschenrecht angesehen, weil sie den Menschen dazu dient, die Macht zu kontrollieren. Wenn man sie aber dafür nicht einsetzt, dann kann man auch gleich darauf verzichten. Die Redefreiheit ist nur dann frei, wenn man damit die Macht kritisieren kann und man es auch tatsächlich tut.

Das US-Imperium als Schutzmacht

Immer wenn ich die Hunderte von Militärstützpunkten erwähne, mit denen das US-Imperium unseren Planeten zugespflastert hat, dann entgegnen viele Leute: «All diese Stützpunkte in diesen Ländern sind nur deshalb da, weil die Regierungen diese dort zum Schutz haben wollen!»

Ja, ja. Ich bin sicher, es hat überhaupt nichts damit zu tun, dass die USA jede schwächere Nation, die sich weigert, ihre militärischen Interessen zu unterstützen, untergräbt, verarmt und zerstört. US-Militärbasen im Ausland sind «zum Schutz dort», genauso wie erpresste Zahlungen an die Mafia dem «Schutz» dienen. Ausländische Regierungen erlauben US-Militärstützpunkte auf ihrem Territorium nicht deshalb, weil sie sich vor ihren Nachbarn schützen wollen. Nein, sie tun dies, um sich vor den USA zu schützen.

Eines der seltsamsten Dinge, welche die Mainstream-Weltanschauung von uns verlangt zu akzeptieren, ist, dass die US-Regierung die Führung der Welt übernehmen sollte und sie diese Führung nur aus rechtschaffenen, wohlthätigen und selbstlosen Gründen übernehmen will.

Jede andere Nation, die eine Führerschaft in der Welt beansprucht, wird des Grössenwahns beschuldigt. Wir sind alle mit Filmen und Serien über böse Schurken aufgewachsen, die eine Weltherrschaft anstrebten. Doch die Mainstream-Weltanschauung fordert uns auf, zu akzeptieren, dass die US-Regierung die Welt beherrschen darf, weil sie damit die Freiheit und die Demokratie fördern will.

Warum einfach, wenn es auch kompliziert geht?

Es ist leicht, in anderen Ländern, Kulturen und Gesellschaften Fehler zu sehen. Viel schwieriger ist es dagegen, Fehler in der eigenen Nation, Kultur und Gesellschaft zu erkennen.

Es ist leicht, auf Probleme hinzuweisen, die von anderen politischen Parteien und ideologischen Fraktionen ausgehen. Viel schwieriger ist es dagegen, die Probleme zu erkennen, die durch unsere eigenen Parteien und Fraktionen entstanden sind.

Es ist leicht zu behaupten, dass andere durch Propaganda manipuliert werden. Viel schwieriger ist es dagegen, zu verstehen, wie man selber durch Propaganda manipuliert wurde.

Es ist leicht zu erkennen, wie fehlgeleitet und wahnhaft andere sind. Viel schwieriger ist es dagegen, zu sehen, wie fehlgeleitet und wahnhaft wir selber geworden sind.

Je weiter wir uns von uns selbst entfernen, desto leichter fällt es uns, Fehler zu erkennen. Aber es nützt niemandem, wenn wir Probleme im fernen Anderen suchen. Je näher wir bei uns selbst suchen, desto mehr können wir das, was wir bei uns finden, in Gutes verwandeln.

Übersetzt aus dem Englischen: <https://caitlinjohnstone.com/2023/02/22/free-speech-is-for-fighting-the-empire-notes-from-the-edge-of-the-narrative-matrix/>

<https://test.rtde.tech/meinung/163872-macht-machtdienenden-propaganda-notizen-vom/>

Caitlin Johnstone ist eine unabhängige Journalistin aus Melbourne, Australien. Ihre Webseite: <https://caitlinjohnstone.com/> – und man kann ihr auf Twitter unter [@caitoz](#) folgen.

Mehr zum Thema: <https://gegenzensur.rtde.life/meinung/160352-gefaengnis-in-niemand-weiss-dass/>

Passend dazu und ergänzend BEAMs 12-Punkte-Massnahmenplan vom 25. Dezember 2022 (829. Kontakt) zur eigenen «mental Immunisierung» gegen Störungen und Krankheiten, wie beispielsweise Moralismus, Propaganda, Gutmenschentum, Überheblichkeit, Hass, Heimtücke, oder ganz allgemein gegen Dummheit. Aber Achtung: Lesen allein genügt nicht, sondern nur Anwendung!

Was jeder Mensch allzeitig beachten sollte

1. Bleib allezeit unabhängig, und sei dir selbst bewusst; denke selbst, eigenständig und lass nicht andere für dich denken, so du niemals gläubig bist, noch es jemals wirst.
2. Vertraue nur dir selbst, und auch nur dann, wenn du richtig denkst und richtige Entscheidungen zu treffen vermagst, die dir Erfolg, jedoch niemals Nachteil bringen.
3. Verlass dich niemals auf das Gesagte der Mitmenschen, sondern bedenke und prüfe alles auf dessen Wirklichkeit und Wahrheit, und erst dann, wenn du die Richtigkeit des dir Gesagten oder Geratenen als Wahrheit erkannt hast, nutze das Gesagte oder Geratene zu deinem Nutzen, wie auch zu deinem Wissen und Vorteil.
4. Schau nicht was die Mitmenschen sind und tun, sondern trachte stets danach, selbst zu denken und das Beste zu entscheiden und zu tun, um zu erkennen, was richtig ist.
5. Was immer du tust, tue es in Bescheidenheit, Anstand, Ehre und Würde, wie auch mit Verstand und Vernunft.
6. Sei stets allein für dich selbst im Denken, Entscheiden und Handeln, und sei niemals der Hoffart, dem Grössenwahn und Hochmut, wie auch nicht der Unehrllichkeit, Arroganz, Leichtsinnigkeit, Einbildung, Lüge, Achtlosigkeit, Verletzlichkeit und des Betrugs usw. gefällig.
7. Glaube niemals an eine höhere Macht über dir, nicht an einen imaginären Gott, an Götter oder sonst eine Macht, denn du bist selbst die Macht, Energie und Kraft über dich selbst, folglich eigens du selbst es bist, der das eigene Leben führt und bewältigt.
8. Wisse um dich selbst, um deine eigene Energie und Kraft; wisse um deine Fähigkeiten und dein Können, und nutze alles jederzeit in richtiger und unscheltbarer Art und Weise.
9. Glaube nicht an einen Menschen, sondern wisse um die Wirklichkeit und deren Wahrheit, und nutze diese allein, um des Rechens zu tun, dein Leben zu führen, wie auch jedes Handeln in Ehre und Würde auszurichten.
10. Wisse selbst um die Formung deines Lebens, Daseins und Wohls, und wisse allein um dein Tun in Wirklichkeit und Wahrheit, und erkenne selbst die Wirklichkeit und deren Kraft, wie auch das Wissen der Wahrheit des Lebens, fern von jedem Glauben an einen Gott oder Menschen.
11. Pflege dein eigenes Leben, deine eigenen Gedanken, deine eigene Lebensweise, dein eigenes Können, deine eigene Logik und deinen eigenen Verstand, wie auch deine eigene Vernunft, um alles zu bewerten und zu entscheiden, dein Handeln, deinen Lebenserfolg, wie auch deinen wahren Frieden, deine Ruhe und Rechtschaffenheit, so aber auch deine wahre Liebe, dein Wohlsein zu allem Lebendigen und zur effectiven Wirklichkeit, und schaff dein eigenes effectiv wahres Wissen in unumstösslicher Wahrheit.
12. Was besonders zum wahren Menschsein gehört ist das Gute und Wertvolle, niemals jedoch das Negative und Böse, was es allesamt zu kontrollieren gilt, was gezähmt und bezwungen werden soll. Bedenke alles stets richtig, denn es ist zu deinem eigenen Wohl. Bewahre dich hauptsächlich vor allen Unwerten, die es als Unwürdigkeit zu besiegen und zu bezwingen gilt, wie z.B. folgende miese Ausartungen: Abgefemtsein, Affektiertsein, Aggressivsein, Ambivalentsein, Willkürlichsein, Vernageltsein, Unsozialsein, Anmassendsein, Arglistigsein, Argwohn, Arroganz, Aufdringlichsein, Aufgeblasensein, Blasiertsein, Borniertsein, Cholerischsein, Boshaftsein, Demagogischsein, Despotischsein, Dogmatischsein, Dominantsein, Dreistsein, Egoistischsein, Egomanischsein, Egozentrischsein, Eifersüchtigsein, Eigenmächtigsein, Einfältigsein, Verlogensein, Scheinheiligsein, Eingebildetsein, Einseitigkeit, Eitelkeit, Elitärsein, Ekelre-

gendsein, Überheblichkeit, Fiessein, Frustiertsein, Stursein, Ungeduldigsein, Jähzornigsein, Garstigkeit, Schlampigsein, Gefallsucht, Gnädigsein, Gönnerhaftsein, Grosskotzigsein, Grossspurigsein, Grosstue-rischsein, Heimtückischsein, Herablassendsein, Unnahbarsein, Verbohrtsein, Snobistischsein, Ignorie-rendsein, Spiessigsein, Hetzerischsein, Hysterischsein, Hinterhältigsein, Hintertriebensein, Hochfah-rendsein, Hoffnungslossein, Resigniertsein, Schuftigsein, Infamsein, Intrigierendsein, Kleinkariertsein, Kompliziertsein, Langweiligsein, Lethargischsein, Maliziössein, Manipulativsein, Mutlossein, Naivsein, Narzistischsein, Neurotischsein, Oberflächlichsein, Protzigsein, Pedantischsein, Phlegmatischsein, Reserviertsein, Ratgebungsablehnendsein, Rücksichtslossein, Selbstgefälligsein, Selbstgerechtsein, Selbstüchtigsein, Selbstverliebtsein, Skrupellossein, Unbeweglichsein, Verschlagensein usw.

Die Gerichte und die Redefreiheit

Von HELGE BUTTKEREIT | Veröffentlicht 1.3.2023

Seit Beginn des offenen Krieges in der Ukraine häufen sich in Deutschland juristische Ermittlungen. Der Vorwurf: Billigung eines Angriffskrieges. Anfang des Jahres hat der Berliner Friedensaktivist Heinrich Bücker einen Strafbefehl wegen einer Rede erhalten. Der Fall kam in der vergangenen Woche sogar im UN-Sicherheitsrat zur Sprache. Bücker wehrt sich gegen die Repressalien. Auch weitere ähnlich gelagerte Verfahren werden derzeit geführt.

Die Rechtssicherheit in Deutschland sei in Gefahr, das psychische Klima aufgehetzt. Diese Situation sei nicht zuletzt verursacht durch eine Rede von Heinrich Bücker, die der Friedensaktivist am 22. Juni vergan-genen Jahres gehalten hat. Dabei habe er einem Angriffskrieg zugestimmt. Das soll nun Einfluss auf die Rechtssicherheit und das psychische Klima haben. So zumindest beurteilt es ein Richter am Amtsgericht Tiergarten in Berlin.

Was war geschehen? Bücker war mit anderen Friedensaktivisten zum sowjetischen Ehrenmal gekommen. Dort sollte an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941 erinnert werden. Das Treffen hatte weitreichende Folgen. Ein Anwalt aus einer grossen Kanzlei wurde auf die Versammlung aufmerksam, hat Heinrich Bücker angezeigt und gleich noch eine Stellungnahme auf Bückers Website moniert. Rede und Stellungnahme erwecken den Eindruck, Bücker rechtfertige den russischen Angriff auf die Ukraine, heisst es in der Anzeige.



Heinrich Bücker bei der Rede am 22. Juni 2022.

Anfang dieses Jahres erhielt Bücker nun einen Strafbefehl über 40 Tagessätze je 50 Euro, also insgesamt 2000 Euro – mit der oben skizzierten Begründung. Dagegen hat der Beschuldigte Widerspruch eingelegt, er wehrt sich gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit. Jetzt wird seine Rede möglicherweise vor Gericht verhandelt. Vergangene Woche war der Fall sogar Thema im UN-Sicherheitsrat. Der ehemalige CIA-Mitarbeiter und heutige Antikriegs-Aktivist Raymond McGovern erwähnte den Fall Bücker, als er bei der Sitzung am 21. Februar auf russische Einladung zu den Recherchen von Seymour Hersh Stellung nahm. McGovern berichtete dabei von Friedensdemonstrationen in Deutschland, in denen «Verhandeln statt Schiessen» gefordert werde. Das komme allerdings nicht sehr gut an, sagte er, wies auf das Strafmandat für Bücker hin und kritisierte den Eingriff in die Meinungsfreiheit.¹



Das Coop Anti-War Café in Berlin

Aber nicht nur gegen Heinrich Bücker, der seit vielen Jahren das Coop Anti-War Café in Berlin-Mitte betreibt, gehen deutsche Gerichte vor. So fiel kürzlich in Bautzen ein Urteil über die Verwendung des Buchstabens «Z», der mit dem Ukraine-Krieg und Russland in Verbindung gebracht wird. In Hamburg wird demnächst ein Oberlandesgericht über die Revision in einem ähnlich gelagerten Fall entscheiden. Das Vorgehen der Gerichte wird von einigen Juristen kritisiert.

Verständnis für das russische Vorgehen

Bevor wir uns aber mit diesen anderen Fällen und der juristischen Einschätzung beschäftigen, schauen wir noch einmal genauer auf den Fall von Heinrich Bücker. Er hat mittlerweile einiges an Medienecho nach sich gezogen. Linke deutsche Medien berichteten über das Verfahren und auch in anderen Ländern wurde der Strafbefehl thematisiert. Zuletzt war ein chinesischer Fernsehsender im Berliner Café vor Ort. Eine Übersicht bietet Heinrich Bücker selbst auf der Website des Coop Anti-War Cafés.² Dort findet sich auch eine Textversion der Rede sowie ein Link zu einem Video, das die Aktion vor Ort dokumentiert. Bücker wird jetzt ausgerechnet jener Abschnitt vorgeworfen, in dem er an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion und die Millionen Toten erinnerte und dazu aufrief, nie wieder gegen Russland die Waffen zu erheben.

Wir müssen offen und ehrlich versuchen, die russischen Gründe für die militärische Sonderoperation in der Ukraine zu verstehen und warum die überwiegende Mehrheit der Menschen in Russland ihre Regierung und ihren Präsidenten darin unterstützen. Ich persönlich will und kann die Sichtweise in Russland und die des russischen Präsidenten Wladimir Putin sehr gut nachvollziehen.³

Bücker erinnerte auch an die persönliche Geschichte des russischen Präsidenten, dessen Familie die Blockade Leningrads überlebt hatte, und er sprach davon, dass er gegen Russland keinen Groll hege. Für Amtsrichter Tobias Pollmann war das zu viel. Er formuliert in seinem Strafbefehl gegen Bücker, der unserer Redaktion vorliegt:

Ihre Rede hat – wie Sie jedenfalls billigend in Kauf nahmen – angesichts der erheblichen Konsequenzen, die der Krieg auch für Deutschland nach sich zieht, der Drohungen seitens der russischen Staatsführung konkret gegenüber Deutschland als NATO-Mitglied für den Fall der Unterstützung der Ukraine und nicht zuletzt angesichts der Präsenz Hunderttausender Menschen aus der Ukraine, die in Deutschland Zuflucht gefunden haben, das Potential, das Vertrauen in die Rechtssicherheit zu erschüttern und das psychische Klima in der Bevölkerung aufzuheizen.

So ergebe sich ein Vergehen nach Paragraph 140 Absatz 2 des Strafgesetzbuches. Dort heisst es, die «Billigung einer Straftat» müsse dazu geeignet sein, den «öffentlichen Frieden zu stören». Eine Friedensrede stört also nach Ansicht des Berliner Amtsrichters den öffentlichen Frieden. Ob das Gericht nach dem Widerspruch gegen den Strafbefehl auf dieser Auslegung beharren wird, bleibt abzuwarten. Denn der Anwalt des Beschuldigten weist grundsätzlich zurück, dass es überhaupt eine Tat gab. Die Rede sei eine «zulässige und straflose Meinungsäußerung über das heutige Verhalten der Bundesrepublik, ihre historische Verantwortung (auch) gegenüber Russland und die Kritik am noch existenten Faschismus». Dies steht in der Stellungnahme des Anwalts zu den Vorwürfen, die im Dezember verfasst wurde und die unserer Redaktion vorliegt. Darin wird zudem auf den Kontext der Rede verwiesen, die im Ganzen gesehen werden müsse. Es habe dem Redner freigestanden, wozu er sich äussert und wozu nicht. «Denn ebenfalls Teil der Meinungsäußerungsfreiheit ist es, zu entscheiden, zu welchen konkreten Themen sich der Äussernde äussern möchte und zu welchen gerade nicht.»

Bücker bleibt bei seiner Meinung und kritisiert weiter die Zusammenarbeit der deutschen Regierung mit ukrainischen Faschisten. Er will gegen die Umdeutung der Geschichte in Deutschland und der Ukraine weiter vorgehen – notfalls auch vor Gericht. Ihm ist bewusst, dass er nicht der einzige ist, der sich wegen angeblicher Leugnung eines Angriffskrieges vor Gericht verteidigen muss. «Ich glaube, es geht darum, diese Leute abzustrafen und zu dämonisieren», sagte er vergangene Woche im Interview mit der Wochenzeitung unsere Zeit, der Zeitung der DKP.⁴



Heinrich Bücken

Verfahren wegen des Buchstabens ⟨Z⟩

Bereits einen Schritt weiter als der Fall Heinrich Bücken ist das Verfahren gegen Michaela K. aus Wilthen in Sachsen. In Bautzen fand bereits eine Gerichtsverhandlung statt, bei der die Angeklagte Anfang Februar 2023 zur Zahlung von 50 Tagessätzen à 15 Euro verurteilt worden ist. Sie hatte vor knapp einem Jahr bei einer Demonstration den Buchstaben ⟨Z⟩ deutlich sichtbar getragen. Nachdem ein Amtsrichter im Sommer ein Strafverfahren zunächst abgelehnt hatte – auch Hintergrund hatte berichtet⁵ – kam es nach einer Beschwerde der Staatsanwaltschaft nun doch zu einem Verfahren mit einem neuen Richter. Dieser deutete die demonstrative Verwendung des Buchstabens eindeutig: «Mit dem Symbol soll mit den russischen Handlungen sympathisiert werden. Eine andere Bedeutung gibt es aus meiner Sicht nicht.» Der Angriff Russlands sei ein «Verbrechen der Aggression», dessen Billigung unter Strafe steht, schreibt die Sächsische Zeitung.⁶ Der Anwalt der Angeklagten gab direkt nach Urteilsverkündung bekannt, gegen das Urteil Rechtsmittel einzulegen.

Bereits eine Instanz höher wurde kürzlich ein ähnlich gelagerter Fall in Hamburg entschieden. Dort hatte zuvor ein Amtsgericht im Oktober einen 62-Jährigen zu 80 Tagessätzen à 50 Euro verurteilt, also insgesamt 4000 Euro. Er hatte das ⟨Z⟩ an der Heckscheibe seines Autos platziert. «Darin liegt nach Auffassung des Gerichts über eine Solidarisierung mit Russland hinaus ein Gutheissen des Ukraine-Krieges, bei dem es sich um einen Angriffskrieg im Sinne des Völkerstrafgesetzbuches handelt», zitierte Legal Times Online einen Gerichtssprecher.⁷ Mitte Februar kam es zur Berufungsverhandlung vor dem Landgericht. Dabei wurde der Tagessatz auf 20 Euro herabgesetzt und die weitergehende Berufung verworfen, sagte Dr. Kai Wantzen von der Gerichtspressestelle gegenüber Hintergrund. «Gegen dieses Urteil wurde daraufhin Revision eingelegt, über die ein Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgericht zu entscheiden haben wird.» Das Oberlandesgericht Hamburg hat in einer anderen Sache kürzlich entschieden, dass bei der Verwendung von Symbolen jeweils der konkrete «Äusserungskontext» zu beachten sei. Es könne jedoch eine Straftat vorliegen.⁸

Juristische Kritik am Vorgehen von Justiz und Politik

Die genannten sowie viele weitere Versuche, per Gericht gegen vermeintliche Solidarisierungen mit Russland vorzugehen, ist in den Augen des Juristen Ralf Hohmann Beweis für die «Instrumentalisierung von Recht». Bundesweit werde ein breiter Kanon von Strafvorschriften gezielt gegen Friedensaktivisten eingesetzt, schreibt er. Höhepunkt sei die Einführung von Paragraph 130 Absatz 5 des Strafgesetzbuches, der das «Billigen, Leugnen oder gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen» unter Strafe stellt (Hintergrund berichtete⁹). Damit sollten all diejenigen, die sich gegen den Krieg äussern, in die gleiche Unrechtskategorie wie die Leugnung des Holocausts einsortiert werden. Hohmann schreibt weiter:

Wer die aggressive Einkreisungspolitik der NATO gegenüber Russland als kriegsursächlich benennt, wer Zweifel daran hegt, dass die Hungersnot in der Ukraine 1932 geplant von der Sowjetregierung in Gang gesetzt worden sei, gehört zum Kreis der Verdächtigen. In dem vom früheren Bundesrichter Thomas Fischer verfassten Standardkommentar zum Strafgesetzbuch, der seit Jahrzehnten zum Inventar deutscher Amtsrichterstuben gehört, heisst es in der Einleitung zu Paragraph 140: «Der Tatbestand demonstriert, auch in seiner praktischen Handhabung, im Ergebnis wohl eher die Vertrauenskrise des Rechtsstaats als dessen Stärke.» Das spricht für sich.¹⁰

Auch die Rechtsanwältin und Strafverteidigerin Christina Glück sieht im Vorgehen gegen bestimmte Äusserungen eine Schwäche der Gesellschaft. Sie kritisiert wie Hohmann den neu gefassten Paragraphen 130 Absatz 5 und verweist darauf, dass es keine sauberen Kriege gebe. Kriegsverbrechen würden immer verübt und für die Klärung sei der Internationale Strafgerichtshof zuständig. Dort sässen allerdings ausschliesslich Verlierer von Kriegen oder Afrikaner auf der Anklagebank. Glück erinnert an die allgegenwärtige Kriegspropaganda und gibt zu bedenken, dass sich durch die neuen Strafvorschriften jetzt die Gerichte in historische Debatten einmischen müssten:

Ob eine Strafbarkeit vorliegt oder auch nicht, ist damit vom Gutdünken der Strafgerichte abhängig. Dies wird zu willkürlichen Anwendungen und Einschränkungen der Meinungsfreiheit führen. Ob jemand mehrere Jahre ins Gefängnis muss oder nicht, wird reine Glückssache.¹¹

Derzeit ist noch kein Verfahren nach dem neuen Paragraphen 130 Absatz 5 bekannt geworden. Die Verfahren rund um die «Billigung von Straftaten» nach Paragraph 140 und das Beispiel Heinrich Bucker weisen indes in eine bedenkliche Richtung.

Quellen

1 Direkt zum Abschnitt: https://www.youtube.com/watch?v=R_EX-VwKjng&t=1708s

2 <https://cooptv.wordpress.com/2022/12/27/stellungnahmen-zu-den-ermittlungen-wegen-gedenkrede-zum-uberfall-auf-udssr-gegen-heinrich-bucker-betreiber-des-coop-anti-war-cafe-berlin/>

3 <https://cooptv.wordpress.com/2022/07/04/22-juni-1941-wir-vergessen-nicht-sowjetisches-ehrenmal-berlin-heiner-bucker-coop-anti-war-cafe/>

4 <https://www.unsere-zeit.de/fest-entschlossen-stellung-zu-beziehen-2-4777346/>

5 <https://www.hintergrund.de/kurzmeldung/z-allein-nicht-straftbar/>

6 <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/bautzener-demo-teilnehmerin-wegen-verwendung-des-z-symbols-verurteilt/ar-AA17g1bi>

7 <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/amtsgericht-hamburg-ag-240cs12122-z-symbol-heckscheibe-ukraine-krieg-billigung-von-straftaten/>

8 <https://www.landesrecht-hamburg.de/bsha/document/JURE230042235>

9 <https://www.hintergrund.de/kurzmeldung/leugnung-von-kriegsverbrechen-kuenftig-generell-straftbar/>

10 <https://www.unsere-zeit.de/ruhe-an-der-heimatfront-4777189/>

11 <https://www.anwalt.de/rechtstipps/maulkorb-erlass-lex-putin-130-abs-5-stgb-208734.html>

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/inland/die-gerichte-und-die-rededfreiheit/>

Wiederaufbau an allen möglichen Ecken – Der Donbass ein Jahr nach der Abspaltung von der Ukraine

28. Feb. 2023 21:29 Uhr

Vor zwölf Monaten hat Russland die Unabhängigkeit der DVR und LVR anerkannt, als Vorstufe für deren spätere Aufnahme in die Russische Föderation. Das hat die Welt fassungslos gemacht und die Weichen für Ereignisse gestellt, die seither die Schlagzeilen beherrschen.

Eine Analyse von Wladislaw Ugolnii

Am Abend des 21. Februar vergangenen Jahres richtete sich der russische Präsident Wladimir Putin in seiner Rede an das russische Volk, in der er die Unabhängigkeit der Volksrepublik Donezk (DVR) und der Volksrepublik Lugansk (LVR) offiziell anerkannte.

Zuvor wurden an diesem Tag Abkommen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung unterzeichnet. Dieses historische Ereignis hat das Leben der Bewohner beider Republiken nachhaltig verändert, und ging der Militäroffensive Moskaus in der Ukraine sowie der späteren Aufnahme von vier neuen Regionen in die Russische Föderation Ende September voraus. Für die Bewohner des Donbass war das Jahr jedoch nicht nur durch Ereignisse von globaler Bedeutung geprägt, sondern auch von einer Reihe vielleicht weniger bekannter Entwicklungen.

Die Hintergrundgeschichte

Als am 23. Februar 2014 in Kiew der vom Westen unterstützte Staatsstreich stattfand – der sich unter anderem auch gegen Russland richtete –, löste dies in der damaligen Ostukraine gewisse Prozesse aus. Diese markierten den Beginn des sogenannten «Russischen Frühlings»: Eine Reihe von Pro-Russland-Demonstrationen auf der Krim und in Noworossija – ein weitgehend historischer Begriff für ein Gebiet, das acht Regionen der Südostukraine umfasst. Anhänger der pro-russischen Bewegung befürworteten ursprünglich die Schaffung eines von Moskau anerkannten unabhängigen Staates oder den direkten Beitritt der Gebiete zur Russischen Föderation.

Bis 2015 wurde dieses Ziel nur von Einwohnern von Sewastopol und der Krim erreicht. Im Donbass setzte die Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen den umfassenden Kämpfen ein vorübergehendes Ende, wobei sich die Konfrontation weitgehend auf die Politik und die Diplomatie verlagerte. Der regelmässige Beschuss der Städte der Region durch die Ukraine wurde jedoch fortgesetzt. Im Rahmen der Minsker Vereinbarungen erkannte Russland die Republiken des Donbass als autonomen Teil der Ukraine an, während ähnliche Proteste in anderen Regionen von Kiew rigoros unterdrückt wurden.

In den folgenden Jahren wuchs in Moskau und in den Republiken die Erkenntnis, dass die Minsker Vereinbarungen nicht eingehalten werden würden. Seit Beginn der Militäroffensive im vergangenen Jahr haben westliche Staatslenker offen zugegeben, dass man auf diese Vereinbarungen nur deshalb eingegangen ist, um der Ukraine eine Pause zu verschaffen und ihr Zeit zu geben, vor der nächsten Kriegsphase aufzurüsten.

Mehrere Meilensteine markierten die vergangenen Jahre: Die Entscheidung Russlands, im Donbass ausgestellte Dokumente anzuerkennen (2017); der vereinfachte Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft für Einwohner der selbst ernannten Republiken (2019) und das Wahlrecht bei den Parlamentswahlen der Russischen Föderation (2021). Ab 2020 förderten auch die Republiken des Donbass den «Integrationskurs mit Russland», indem sie die Gesetzgebung entsprechend anpassten und russische soziale und öffentliche Dienste einführten.

Ideologisch wurden diese Prozesse durch eine Doktrin namens «Russischer Donbass» unterstützt, die Ende 2020 verabschiedet wurde. Das Dokument erklärte die Republiken zu einem Teil des russischen Nationalstaates mit dem historischen Ziel, sich Moskau anzuschliessen. Die Veröffentlichung löste keine grossartigen Reaktionen aus –, weder positive noch negative. Die Menschen erwarteten entschlosseneren Schritte von den russischen Behörden.

Während dieser ganzen Zeit schoss die ukrainische Armee weiterhin regelmässig Artilleriegranaten auf die Bewohner des Donbass, einschliesslich auf jene, die mittlerweile die russische Staatsbürgerschaft erworben hatten. Dadurch sah sich die Region zunehmend mit einer humanitären Katastrophe und mit wachsender Armut konfrontiert, die durch Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung verursacht wurden.

Die offizielle Anerkennung der Unabhängigkeit sowie die Sicherheitsgarantien aus Moskau sollten diese Probleme ein für alle Mal lösen.

Sicherheitsgarantien für den Donbass

Um den 17. Februar 2022 herum erlebte der Donbass eine Eskalation des Konflikts, begleitet von ukrainischen Angriffen auf Wohngebiete. Normalerweise geschah so etwas alle ein bis zwei Jahre, wenn beide Parteien ihre Armeen an die Frontlinie brachten und versuchten, die jeweils andere Seite in Schach zu halten. Anfangs wurden diese Eskalationen als das betrachtet, was sie bisher auch waren. Aber die Anerkennung des Donbass und die daraus resultierenden Sicherheitsgarantien hatten das Spiel verändert.

In den Tagen vom 21. bis 23. Februar drehten sich die grössten Streitigkeiten um die Festlegung der Grenzen der von Putin als DVR und LVR anerkannten Republiken. Die Bewohner des Donbass hatten verstanden, dass ihre Zukunft und die Beendigung der Kämpfe von der Antwort auf diese Frage abhängen.

Angesichts der jüngsten Geschichte wollten nur sehr wenige Menschen, dass die aktiven Kampfhandlungen wieder aufgenommen werden. Aber es herrschte ein tiefes Vertrauen darauf, dass die russische Armee ihrer Verantwortung gerecht wird und die Menschen im Donbass vor weiteren ukrainischen Angriffen schützen würde.

Evakuierung von Zivilisten in die Russische Föderation

Angesichts der zunehmenden Kriegsgefahr kündigte der Chef der DVR, Denis Puschilin, am 18. Februar 2022 die Evakuierung von Zivilisten an. In den folgenden drei Tagen wurden über 60'000 Menschen zu Flüchtlingen. Auch Sozialarbeiter, die sich um Waisen und Menschen mit Behinderungen kümmern, wurden nach Russland evakuiert. Aber leider haben Hunderttausende Menschen die aufkommende Gefahr unterschätzt. Sie verweigerten die Evakuierung, blieben in der Nähe der Frontlinie und sahen sich zunehmenden Angriffen ausgesetzt.

Mobilmachung im Donbass und Beginn der Kämpfe

Am 19. Februar 2022 gaben die DVR und LVR eine Generalmobilmachung bekannt. Viele Veteranen, die zum Zeitpunkt der Minsker Vereinbarungen die Streitkräfte verlassen hatten, kamen nun als Freiwillige zu den Volksmilizen zurück.

Allerdings wurde auch eine grosse Anzahl von Männern ohne Kampferfahrung zum Militärdienst einberufen. In manchen Fällen verfügten die Streitkräfte der DVR und LVR nicht mal über geeignete Munition. Beispielsweise wurden einige der Mobilisierten mit Stahlhelmen ausgestattet und mit Gewehren vom Typ Mosin-Nagant bewaffnet, die von den Russen bereits im Ersten Weltkrieg verwendet worden waren. Sie bildeten Schützenbataillone und Regimenter der Mobilisierungsreserve und sollten die dritte Verteidigungslinie besetzen. Im Februar und März sind diese Regimenter jedoch ohne eine angemessene Ausbildung in Kämpfe geschickt worden, einschliesslich in den um Mariupol, wo sie grosse Verluste erlitten haben.

Die Republiken verloren durch die Mobilisierung zudem eine beträchtliche Anzahl von äusserst wichtigen Spezialisten: Ärzte, Energietechniker, Arbeiter der Gas- und Wasserversorgung, Fahrer und andere wichtige Facharbeiter. Mehrere Pannen begleiteten den Mobilisierungsprozess. Zum Beispiel wurden einige Studenten in die Armee einberufen, wurden aber umgehend demobilisiert, nachdem die DVR und LVR der Russischen Föderation beigetreten waren. Derzeit ist die Mobilisierung im Donbass ausgesetzt. Diese Angelegenheit unterliegt jetzt der Zuständigkeit des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation und wird mit der militärischen Strategieplanung Russlands abgestimmt.

Die Befreiung von Mariupol und der Zustrom von Flüchtlingen

Mariupol war im Jahr 2014 mit 450'000 Einwohnern die zweitgrösste Stadt im Donbass. Es war auch das Zentrum der Metallurgie und der wichtigste Seehafen der Region. Nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten im Jahr 2014 wurde die Stadt kurzzeitig von der DVR kontrolliert, kam aber im Juni unter die Kontrolle der ukrainischen Regierung. In den folgenden acht Jahren befand sich die Frontlinie lediglich 20 Kilometer vom östlichen Stadtrand von Mariupol entfernt. Die Stadt diente als östlicher Aussenposten der ukrainischen Armee. Das Asow-Regiment der Nationalgarde der Ukraine, bekannt für seine Pro-Nazi-Ideologie, besetzte dabei bedeutende Positionen.

Nach Beginn der Militäroffensive wurde Mariupol aufgrund seines wirtschaftlichen Potenzials und der Lage der Stadt an der Autobahn von Rostow am Don nach Dschankoj, die auch als «Landkorridor zur Krim» bekannt ist, zu einem der wichtigsten strategischen und politischen Etappenziele. Der Kampf um Mariupol dauerte vom Beginn der Militäroperation bis zum 20. Mai, als die letzten verbliebenen Kämpfer der ukrainischen Garnison, die sich in den Katakomben der Asowstal-Metallhütte verschanzt hatten, schliesslich kapitulierten.

Mariupol musste während dieser Kämpfe extrem leiden und ein Grossteil seiner Wohngebäude wurde zerstört. Da die Ukraine die Einwohner der Stadt nicht evakuieren liess und humanitäre Korridore verhinderte, wurden Hunderttausende Menschen in ihrer Heimatstadt zu Geiseln. Gleichzeitig war zu diesem Zeitpunkt der Katastrophenschutz der DVR mit dem rasant anschwellenden Flüchtlingsstrom heillos überfordert. Bevor sich der russische Staat mit seinen politischen Strukturen der Sache annehmen konnte, halfen das russische Militär und teils sogar Journalisten, die über die Erstürmung der Stadt berichteten, mit humanitärer Hilfe aus. Freiwillige spielen bis heute noch eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe im Donbass.

Zum ersten Mal seit acht Jahren hatten die Einwohner von Donezk die Möglichkeit, Hilfe zu leisten und sie nicht nur zu erhalten. Ein breites Netzwerk von Freiwilligen half den Flüchtlingen, die in Schulen und anderen nicht funktionierenden Einrichtungen untergebracht wurden. In dieser Situation kam es auch zu den ersten Reibereien zwischen den Bewohnern des Donbass und den Menschen aus den Gebieten, die zuvor unter ukrainischer Kontrolle standen. Bestimmte Konflikte resultierten aus einer latenten Paranoia und dem Misstrauen unter Einheimischen, die vermuteten, dass sich unter den Flüchtlingen Spione oder Saboteure befinden könnten. Obwohl die Verdächtigungen grösstenteils unbegründet waren, gaben sich ukrainische Agenten durchaus manchmal als Flüchtlinge aus, wie es der Mord an Daria Dugina gezeigt hat.

Das kurze Comeback der ukrainischen Griwna

Ursprünglich führten die DVR und LVR eine Parallelwährung und unterhielten weiterhin gewisse wirtschaftliche Beziehungen zur Ukraine. Nach der von Kiew im Jahr 2016 verhängten Wirtschaftsblockade wurde die Griwna jedoch durch den russischen Rubel ersetzt. Die ukrainische Währung wurde nur noch von Senioren ins Land gebracht, die einreisen mussten, um ihre Renten abzuholen.

Nach der Befreiung vieler Gebiete und der zunehmenden Verbreitung ukrainischer Banknoten setzten die Behörden im Donbass einen festen Wechselkurs fest, der den Bewohnern ein kurzes Comeback der fast vergessenen Währung ermöglichte. Die Griwna konnte in der Region jedoch nicht mehr Fuss fassen und ist seit 2023 ausserhalb der Devisenbörsen nicht mehr im Umlauf.

Die Befreiung der gesamten LVR

Im Verlauf der Militäroperation gelangte die LVR fast vollständig unter die Kontrolle der russischen Truppen. Dies wurde mit der Befreiung des städtischen Ballungsraums Litschansk-Sewerodonezk erreicht. Diese Kämpfe waren für die LVR genauso wichtig wie die Kämpfe um Mariupol für die DVR.

Im Juli 2022 übernahmen russische Truppen die Kontrolle über den gesamten Grenzverlauf der LVR zur Ukraine. Obwohl die komplette Kontrolle nur zwei Monate später mit dem Rückzug aus der Region Charkow im September und Oktober endete, war die Stadt Lugansk keine Frontstadt mehr.

Der gross angelegte Wiederaufbau der Donbass-Infrastruktur

Für den Zeitraum von acht Jahren nach der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen schien der Donbass in der Zeit festgefroren zu sein, nachdem man irgendwie die städtische Infrastruktur bewahren konnte, die vor dem Krieg existierte. An manchen Orten, wie in Donezk, war die Infrastruktur in gutem Zustand, aber an anderen Orten, wie in Makejewka oder Lugansk, war die Situation wesentlich prekärer. In ländlichen Gebieten verfügten viele Schulen noch immer über Aussentoiletten, und die ukrainischen Strassen, die für ihren desolaten Zustand allgemein bekannt sind, brachen nicht selten unter der Last der schweren Militärtechnik ein.

Im vergangenen Jahr gab es einige wesentliche Änderungen. Die Russische Föderation hat ein Patronage-Programm für Städte und Bezirke im Donbass ins Leben gerufen. Moskau übernahm die Schirmherrschaft über Donezk und Lugansk, während Sankt Petersburg sie für die stark zerstörte Stadt Mariupol übernahm.

Tausende Spezialisten, Bauarbeiter, Wasserversorgungsingenieure, Ärzte und andere Facharbeiter, die für das reibungslose Funktionieren einer zivilen Infrastruktur notwendig sind, wurden in den Donbass geschickt. Auch Investitionen aus Russland fließen in die Region.

Donezk kann noch nicht vollständig an diesem Programm teilnehmen, weil die Stadt immer noch regelmäßig von der ukrainischen Armee angegriffen wird. Aber in Lugansk und Mariupol, wo die Kämpfe endgültig beendet wurden, ist der Wiederaufbau in vollem Gange. Dazu gehören die Sanierungen der Strassen und der Brücke über den Fluss Sewerskij Donez sowie die Wiederherstellung der Infrastruktur zur Wasseraufbereitung und der öffentlichen Verkehrsmittel in Lugansk. Mariupol wird praktisch von Grund auf neu hochgezogen, einschliesslich der Krankenhäuser und Schulen.

Die Ankunft russischer Unternehmen im Donbass

Vor Beginn der Militäroperation mussten die Bewohner des Donbass auf verschiedene Systeme zurückgreifen, um Bankkarten zu verwenden und Geldtransaktionen zu tätigen, da die Republiken über keine funktionierende Bankinfrastruktur verfügten. Das, was einer Bank am nächsten kam, waren lokale Strukturen, die der Zahlung von Steuern und Stromrechnungen sowie dem Bezug von Renten und Gehältern vom Staat dienten.

Viele Bewohner des Donbass verliessen sich auch auf die Dienste sogenannter «Kassierer»: Menschen, die in der Lage waren, Geld aus dem Ausland zu beziehen und für eine Provision von fünf Prozent bar auszu zahlen. Solche Geschäfte wurden auf reiner Vertrauensbasis abgewickelt und waren nicht gesetzlich geregelt.

Nachdem Russland die Republiken offiziell anerkannt hatte, öffnete die erste russische Bank, die Promswjasbank (PSB), in der Region. Trotz eingeschränkter Angebote in Bezug auf Kreditvergabe und anderen Bankdienstleistungen integrierte die PSB den Donbass in das russische Bankensystem und beseitigte die Notwendigkeit halblegaler Systeme zur Abwicklung von Finanztransaktionen.

Ähnliche Neuerungen betrafen auch die Mobilfunkbranche. Der Donbass wurde zuvor von zwei lokalen Mobilfunkanbietern, Phoenix und Lugakom, abgedeckt, die beide auf die Infrastruktur ukrainischer Netzbetreiber angewiesen waren. Bis Ende 2022 wurden die mobilen Dienste von den russischen Anbietern Beeline, MegaFon und Tele2 bereitgestellt.

Keine Grenzen mehr

Nach dem Beitritt der Donbass-Republiken zu Russland wurden die Staatsgrenzen aufgehoben. Dies galt sowohl für die Grenze zwischen Donezk und Lugansk, die trotz alliierter Beziehungen während des achtjährigen Konflikts bestehen blieb, als auch für die Grenze zu Russland.

Diese Barrieren stellten für die Bewohner des Donbass eine erhebliche Unannehmlichkeit dar, da Reisen nach Russland und zurück wesentlich länger dauerten und mit beträchtlichen Wartezeiten an den Grenzübergängen verbunden waren. Weil die Donbass-Republiken zudem ausserhalb der russischen Zollzone lagen, schlug sich das auf die Kosten beim grenzübergreifenden Handel nieder, was sich wiederum negativ auf die lokale Wirtschaft auswirkte. Die Staatsgrenze als wirtschaftliche Grenze ist somit weggefallen. Es bleiben vorerst jedoch Kontrollposten, um Papiere zu überprüfen und den illegalen Transport von Waffen oder Munition zu unterbinden.

Kein Wasser, keine Heizung und Pipelines, die eine Katastrophe nur verzögern

Die grösste humanitäre Krise, mit der die Bewohner der DVR im vergangenen Jahr konfrontiert war, war das Fehlen einer zuverlässigen Wasserversorgung. Beide Seiten waren auf den Wasserkanal Sewerskij-Donetz-Donbass angewiesen: Wasser aus Slawjansk floss zuvor in die DVR und dann nach Mariupol, das damals unter ukrainischer Kontrolle stand. Nach Beginn der Militäroperation und der Schlacht um Mariupol blockierte die Ukraine jedoch diesen Kanal.

Dies führte in den Bereichen Wasserversorgung, sanitäre Einrichtungen und Hygiene zu einer humanitären Katastrophe. In einigen Gebieten des Donbass wurde Wasser nur alle drei Tage nach einem bestimmten Zeitplan bereitgestellt. Dies ermöglichte es den Bewohnern jedoch, gerade einmal genug Wasser zu sammeln, um die persönliche Hygiene eingeschränkt aufrechtzuerhalten. Allerdings gab es auch Gegenden, die bestenfalls einmal im Monat Wasser hatten, während andere gar keines erhielten.

Infolgedessen mussten die Menschen oft unter Beschuss Trinkwasser holen, sie sammelten Regenwasser und wuschen sich in dem alles andere als sauberen Fluss Kalmius. Die Kosten für das Bohren eines einzelnen Brunnens stiegen bis auf 100'000 Rubel (rund 1300 Euro).

Der Bau von Wasserleitungen aus den östlichen Stauseen der Region hat die Situation nicht wesentlich verbessert und konnte nur den Verlust des Donezk-Stausees kompensieren. Schliesslich ordneten die russischen Behörden, die es saht hatten, auf die Befreiung von Slawjansk zu warten, den Bau einer Wasserleitung aus dem Gebiet Rostow an und finanzierten sie. Ihr Bau soll im Frühjahr 2023 fertiggestellt werden, jedoch wird auch diese Leitung das Versorgungsproblem nicht vollständig lösen können.

Mit Einbruch des kalten Wetters ist die Situation katastrophal geworden. In einigen Gebieten konnten die Zentralheizungen nicht mehr mit der erforderlichen Wassermenge befüllt werden und fielen aus.

Verminte Städte und zunehmende Streiks

Im Jahr 2022 starben in der Donezker Volksrepublik 1091 Menschen durch ukrainische Artillerieangriffe und weitere 3533 wurden verletzt. Diese Zahlen sind vergleichbar mit jenen von 2014 bis 2015. Erneute Feindseligkeiten und hochintensive Kämpfe haben das Leben der Einwohner des Donbass zur Hölle gemacht. Während es vor einigen Jahren nur in den von Zivilisten weitgehend evakuierten Frontgebieten zu Artillerieangriffen kam, werden nun die dicht besiedelten Gebiete Donezk, Gorlowka und Makejewka direkt angegriffen.

Darüber hinaus begannen die Streitkräfte der Ukraine, die Städte im Donbass mit PFM-1-Minen – auch «Schmetterlingsminen» genannt – zu bestücken, die bei geringstem Kontakt explodieren und Menschen töten oder schwer verletzen können. Die Auswirkungen daraus bleiben im Gedächtnis der Menschen eingebrannt und in Überlieferungen erhalten – so wie in diesem Video, in dem eine Frau solche «Schmetterlinge» aufammelt, um sie ihren Kollegen bei der Arbeit zu zeigen. Oder in diesem Video, das einen amateurhaften Versuch zeigt, die Minen aus der Distanz zur Detonation zu bringen. Auch in den Liedtexten von Musikern aus dem Donbass ist von diesem Leid zu hören.

Seit Februar 2022 ist Donezk keine Stadt mehr, die sich über ein mögliches Ende ihres achtjährigen Leids freuen kann. Donezk ist zu einem Ort geworden, an dem die Bewohner nach einem Angriff mit ukrainischen Grad-Raketen in Scharen in nahe gelegene Geschäfte strömen, um Zigaretten und Kleinigkeiten zu kaufen, in der Gewissheit, dass sie 30 bis 60 Minuten Zeit haben, bevor der Raketenwerfer wieder geladen ist und auf eine andere Position zielen wird.

Militärische und zivile Verluste

Der Donbass hat viele Einwohner und Unterstützer verloren, die sich in der Region niedergelassen hatten. Unter den Gefallenen war Olga Katschura – militärischer Rufname «Korsa» –, die einzige weibliche Kommandantin eines Raketenbataillons und Heldin von Gorlowka.

Taras Gordienko – Rufname «Clooney» –, ein intelligenter, aber beinhardter und effektiver Kommandant, der vor dem Krieg in der IT-Branche gearbeitet hatte und während des Sturms auf Mariupol starb. In Wolnowa-cha fiel während der Evakuierung von Zivilisten Wladimir Schoga – Rufname «Wocha» –, der die legendäre «Division Sparta» nach dem Tod ihres Gründers Arsen Pawlow – der legendäre «Motorola» – übernahm. Igor Manguschew – Rufname «Bereg» –, der sich in den letzten sechs Monaten seines Lebens mit der Entwicklung von Taktiken zur Bekämpfung von Drohnen beschäftigt hatte, kam ebenfalls ums Leben.

Das sind nur einige namhafte Opfer. Doch der Krieg hat jeden im Donbass in Mitleidenschaft gezogen. Alles, wovon die Bewohner geträumt haben – Sicherheitsgarantien, Frieden, die Rückkehr zum normalen Leben, eine funktionierende Infrastruktur – all jenes ist noch nicht erreicht, es muss erst noch erkämpft und erarbeitet werden.

Übersetzt aus dem Englischen. Wladislaw Ugolny ist ein russischer Journalist aus Donezk.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/international/164092-wiederaufbau-an-allen-moeglichen-ecken>



Ein Artikel von Maxim Goldarb; 28. Februar 2023 um 12:30

Wie viele andere Ukrainer wachte ich am 24. Februar und die Tage danach durch das Geräusch von Explosionen in Kiew auf. Zuvor hatte ich mein Bestes getan, um den Gedanken an die Möglichkeit eines Krieges mit all seinen Vor- und Nachteilen für die Beteiligten zu verdrängen. Doch was passiert ist, ist passiert. Die letzten 12 Monate haben die Bestrebungen, Wünsche, Gründe, Rollen, Aufgaben und Motive aller Beteiligten völlig offengelegt. Für geo- und machtpolitische Überlegungen der USA werden Abertausende Ukrainer, insbesondere aus dem einfachen Volk, zur Schlachtbank geführt.
Von Maxim Goldarb.

Die Vereinigten Staaten von Amerika befassen sich mit Hilfe der brennenden Ukraine mit Russland, teilweise mit China, drängen Europa in die Rolle eines unterwürfigen Satelliten und versuchen, die Position des Welthegemons wiederzuerlangen.

Europa wurde (vorerst) bis zur Brust in den Konflikt hineingezogen, und am Ende wird es eines der Hauptopfer sein. Ein Teil seiner Spitze ist sich dessen bewusst und versucht, den Wunsch der USA, ihren Verbündeten zu opfern, abzuwehren (nichts Persönliches, nur Geschäft).

Russland stellt sich gegen den Westen und versucht, einen weiteren Pol des Welteinflusses zu schaffen, indem es China in die Reihen seiner direkten Verbündeten aufnimmt und Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas um sich schart, die der westlichen Hegemonie und des Diktats überdrüssig sind.

China wartet geschickt ab, studiert sorgfältig die Situation und die Aktionen der anderen und vergisst dabei nicht, sich so weit wie möglich mit russischen Ressourcen einzudecken, die durch all die Ereignisse billiger geworden sind. Es wird langsam ins Spiel kommen und ist definitiv nicht auf der Seite der Vereinigten Staaten – die Anzahl an Optionen für China nimmt aber mit der Zeit ab.

Ich werde nicht über Polen, die baltischen Staaten und andere offensichtliche US-amerikanische Satelliten sprechen – sie werden tun, was ihnen gesagt wird. Obwohl sie auch ihre ganz eigenen, historischen Ansichten über die ukrainischen Ressourcen haben.

Die Ukraine ... in den Augen und Köpfen aller Beteiligten existiert sie nicht mehr, egal welcher westliche Vertreter offiziell erklärt: «Wir werden uns den Bemühungen anschließen, wir werden geben, investieren, wir werden Euch helfen, bis zum Ende, wir sind mit Euch, Ihr seid mit uns» und so weiter.

Das wurde sofort klar, nachdem die Vereinigten Staaten die Friedensgespräche vereitelt hatten und eine unglaubliche Menge Benzin ins Feuer gegossen wurde. Wenn jemand glaubt, dass er Benzin einsetzen muss, um ein brennendes Haus zu löschen, dann ist er einfach ein Idiot. Oder ein Lügner. Unser Land muss alle oben genannten Punkte lösen. Die Ukraine wurde lange vor 2022 als Opfer auserkoren: Der offizielle Beginn der Opfer-Rolle ist der «Sieg» des US-amerikanischen Protegés Juschtschenko bei den Präsidentschaftswahlen von 2004–2005.

Was müsste die Führung des Landes tun, die vorgibt, alles zu tun, um die geliebte Ukraine und ihre Bevölkerung zu schützen? Alles, um den Krieg sofort zu beenden, sich an den Verhandlungstisch zu setzen! All diese hysterischen Aufrufe, die Verkündigungen eines baldigen Sieges und der Rückeroberung aller Gebiete dienen in der heutigen Realität nur dazu, das eigene Volk zu zwingen, weiter zu kämpfen. Bis zum letzten Ukrainer ...

Ich glaube an die ausländischen Zahlen über die ukrainischen Opfer: Von der Leyen spricht von 200'000, die US-Medien von 350'000. Das war ein paar Monate vor dem Jahreswechsel. Und es werden noch mehr werden, wenn es weitergeht. Dies wird durch die unerfüllten, nicht abgeschlossenen Punkte 1 bis 5 dieses Artikels belegt.

Mir ist klar, dass sich jetzt bezahlte Propagandisten, Experten und «Meinungsführer» gegen mich wenden und mich erneut ächten werden: «Das ist unpatriotisch, das ist gegen die Politik des Präsidenten» und so weiter.

Aber für mich sind Patriotismus der Wunsch und die Handlungen, die darauf abzielen, sein Land und sein Volk zu erhalten und zu entwickeln. Und keineswegs ein blinder oder (noch schlimmer) ein bewusst bezahlter Wunsch, das Land und die Menschen, vor allem die einfachen Menschen, die Arbeiterklasse, zur Schlachtbank zu führen.

Zum Autor: Maxim Goldarb ist aktuell Vorsitzender der «Union der linken Kräfte» und war vor dem Maidan-Putsch leitender Rechnungsprüfer und Kontrolleur der Finanzen des ukrainischen Verteidigungsministeriums. Die Union der linken Kräfte ist eine 2007 gegründete ukrainische Oppositionspartei, die sich am Demokratischen Sozialismus orientiert und unter anderem zum Ziel hatte, die ausufernde Privatisierung strategischer Staatsunternehmen sowie den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen an ausländische Grosskonzerne zu stoppen sowie die Ukraine geopolitisch neutral auszurichten. Zudem setzte sie sich für Russisch als zweite Amtssprache und eine Stärkung des ländlichen Raums ein. Diese Ziele reichten aus, dass die Partei zusammen mit weiteren linken Parteien am 17. Juni 2022 verboten und ihr gesamtes Vermögen enteignet wurde. Ihre Mitglieder arbeiten seit diesem Zeitpunkt aus dem Untergrund oder Exil heraus. Einige ihrer Führungspersönlichkeiten wurden in den letzten Monaten entführt und gelten seitdem, wie beispielsweise der Parteigründer Wassilij Wolga, als spurlos verschwunden.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=94418>

Präsident Putin: Die multipolare Sache wird unweigerlich obsiegen

28. Feb. 2023 20:36 Uhr

Die wichtigste Erkenntnis aus Präsident Putins letztem Fernsehinterview ist, dass der Ukraine-Konflikt tatsächlich ein Ringen um die Ausrichtung des globalen systemischen Übergangs ist. Und für Russland ein Kampf um die eigene Existenz.

Von Andrew Korybko

Der russische Präsident Putin hat während seines jüngsten Fernsehinterviews mit dem Journalisten Pawel Zurabin, das er für die Sendung «Moskau. Kreml. Putin» gab, fünf wichtige Punkte zum Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland in der Ukraine erwähnt. Das vollständige Transkript war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Analyse noch nicht auf der offiziellen Kreml-Website verfügbar, aber die Leser können sich über die einzelnen Punkte, die Putin angesprochen hat, belesen.

Zusammenfassend:

1. Die von Russland angeführte Multipolarität versus die von den USA angeführte Unipolarität

Der Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland in der Ukraine, ist Teil des Neuen Kalten Krieges, im Ringen zwischen diesen beiden Nuklearmächten, um die Richtung beim Übergang in ein neues globales System. Moskau will den Übergang in Richtung Multipolarität führen, während Washington so viel wie möglich von seiner schwindenden unipolaren Hegemonie bewahren möchte. Das Ergebnis dieses Ringens wird buchstäblich die Zukunft der internationalen Beziehungen bestimmen, was wiederum die Souveränität aller anderen Länder der Weltgemeinschaft entweder stärken oder untergraben wird, weshalb es uns alle auf dieser Welt betrifft.

2. Russlands nationale Einheit sichert seine Widerstandsfähigkeit

Der von den USA angeführte kollektive Westen führt einen beispiellosen, hybriden Krieg gegen Russland. Doch diese ins Fadenkreuz genommene Grossmacht, bleibt aufgrund der nationalen Einheit des russischen Volkes widerstandsfähig, ohne die sie nicht alles überlebt hätte, was sie im vergangenen Jahr über sich ergehen lassen musste. Es sind gerade die soziokulturellen und historischen Bindungen, die diese weltoffene multikulturelle Bevölkerung seit Jahrtausenden zusammenhalten, und die seit geraumer Zeit mit unkonventionellen Mitteln angegriffen werden. Aber Präsident Putin rechnet nicht damit, dass der Westen damit Erfolg haben wird.

3. Der Westen will Russlands «Balkanisierung»

Medwedews Warnung ist real: Beendet Russland die Sonderoperation, wird die NATO es in Stücke reißen. Aufbauend auf dem Argument, das der frühere Präsident Medwedew vergangene Woche hervorgebracht hat, bestätigte der amtierende Präsident Putin, dass der Westen tatsächlich die «Balkanisierung» Russlands anstrebt. Erst danach würde der Westen «uns in die sogenannte Familie der zivilisierten Völker aufnehmen, aber nur teilweise, und nur jeden Teil einzeln.» Wie im vorangegangenen Absatz erwähnt, verhindert die nationale Einheit des russischen Zivilisationsstaates, dass sich dieses Szenario materialisieren kann, aber es ist dennoch wichtig, diese heimtückischen Pläne ans Licht zu zerren.

4. Der Westen ist an Kiews Kriegsverbrechen beteiligt

Da der Westen seinem Stellvertreter in Kiew kostenlos Waffen zur Verfügung stellt, so wie es Dutzende westliche Länder seit geraumer Zeit schon getan haben, bezeichnete Präsident Putin sie zu Recht als Komplizen der Kriegsverbrechen der ukrainischen Seite, obwohl wenig überzeugend beteuert wird, man sei nicht direkt in den Konflikt verwickelt. Tatsache aber ist, dass das ukrainische Regime viele der begangenen Kriegsverbrechen nicht hätte begehen können, wenn der Westen Kiew nicht die Mittel dafür zur Verfügung gestellt hätte.

5. Die US-Vasallen spielen eine führende Rolle

Präsident Putin wies darauf hin, dass die Vasallen der USA eine führende Rolle in diesem Konflikt spielen. Dabei tun dies einige aufgrund des irrigen Glaubens, dass ihre Interessen in dieser Hinsicht mit denen ihrer Oberherren übereinstimmen, während andere immer noch alles tun, was von ihnen verlangt wird, obwohl sie genau wissen, dass sie damit gegen ihre eigenen Interessen handeln. Unabhängig davon, wie viele Satelliten-Staaten dieser schwächelnde unipolare Hegemon gegen Russland als Waffe mobilisieren kann, ist der russische Präsident zuversichtlich, dass sein Land und die multipolare Sache unweigerlich obsiegen werden.

Die wichtigste Erkenntnis aus Präsident Putins Fernsehinterview ist, dass der Ukraine-Konflikt tatsächlich ein Kampf um die Richtung im globalen systemischen Übergang ist, und nicht nur ein Zusammenstoss zwischen zwei ehemaligen Sowjetrepubliken oder ein Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland um «Einflusssphären» in der Region. Für Russland, diese eurasische Grossmacht, ist dieser Kampf ein existenzieller, da man ansonsten eine «Balkanisierung» riskieren muss, sollte dieser Kampf verloren gehen. Obwohl dieses Szenario nach wie vor unwahrscheinlich bleibt, besteht jederzeit die Möglichkeit eines bewaffneten chinesischen Eingreifens, um es abzuwenden, sollte sich dieses Szenario doch abzeichnen.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/international/164096-praesident-putin-multipolare-sache-wird/>



Ein Artikel von: Jens Berger; 28. Februar 2023 um 11:26

Zumindest bei der Bewertung der Ursachen des Ukraine-Krieges und der sich daraus ergebenden politischen Handlungsoptionen ist Deutschland zweigeteilt. Das zeigen zwei gross angelegte Umfragen des NDR und MDR unter ihren Zuschauern. Während im Osten eine überwältigende Mehrheit Angst vor einer Eskalation des Krieges hat und mit grosser Mehrheit auf eine diplomatische Lösung statt auf Waffenexporte setzt, scheint die Meinungsmache der Falken bei den Westdeutschen wesentlich erfolgreicher zu sein. Besonders deutlich sind die Unterschiede auch bei der Kenntnis der Vorgeschichte – immerhin sehen fast 80 Prozent der Ostdeutschen zumindest eine Teilschuld bei den USA. Von Jens Berger.

Umfragen sind generell ein manipulationsanfälliges Instrument. Was wir in den Medien als repräsentative Umfrageergebnisse vorgesetzt bekommen, sind selbstverständlich nicht die Rohdaten der Institute. Es wäre zwar möglich, einen repräsentativen Durchschnitt der Bevölkerung zu bestimmten Themen zu befragen, aber so etwas dürfte heute am Datenschutz und vor allem an den Kosten scheitern. Denn wenn die Stichprobe wirklich zu 100 Prozent repräsentativ sein soll, müsste man die Rahmendaten der Befragten schon vor der Befragung wissen. Das heisst konkret: Das betreffende Institut müsste eine Datenbank haben, in der bestimmte Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen, Wahlverhalten, Herkunft und viele andere Parameter gespeichert sind, um nur Personen zu befragen, die in der Summe exakt dem Durchschnitt der Bevölkerung entsprechen. Das ist – zum Glück – nicht möglich. Daher werden die gesammelten Antworten von den Instituten anhand ihrer Algorithmen gewertet und aufbereitet, um eine vermeintliche «Repräsentativität» zu erreichen. So transparent die Umfragen und ihre Methoden von den besseren Instituten dargelegt werden, so intransparent sind diese Algorithmen.

Von diesen vermeintlich repräsentativen Umfragen zu unterscheiden, sind Umfragen, die von vornherein nicht den Anspruch haben, einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung abzubilden, sondern eine klar definierte Menge an Teilnehmern befragen. Sowohl der NDR als auch der MDR haben mit ihren «Meinungsbarometern» NDR fragt und MDR fragt solche Einrichtungen. Teilnehmer sind registrierte Nutzer aus

den jeweiligen Sendegebietern, von denen bestimmte Eigenschaften wie Wohnsitz, Geschlecht, Alter oder Bildungsabschluss bekannt sind. Auch wenn die Teilnehmerzahlen dieser Befragungen gross sind – bei der hier thematisierten Ukraine-Umfrage des MDR haben über 30'000 Menschen geantwortet – so sind die Antworten nicht repräsentativ. Sie wurden aber nach Faktoren wie Alter und Bildung «gewichtet», stellen also auch keine Rohdaten dar. Dennoch – und vielleicht sogar deshalb – ist das Ergebnis der Befragungen von NDR und MDR zum Thema «Ukraine-Krieg» hoch interessant.

Im Osten sind friedenspolitische Positionen mehrheitsfähig

Die Teilnehmer der MDR-Umfrage aus Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt haben grosse Sorgen, wenn sie in Richtung Ukraine blicken. 78 Prozent der befragten MDR-Zuschauer antworteten, dass ihr Sicherheitsgefühl durch den Krieg in der Ukraine beeinträchtigt sei. Sieben von zehn Befragten befürchteten einen militärischen Eingriff weiterer Staaten oder der NATO. 55 Prozent befürchteten einen Dritten Weltkrieg und 49 Prozent den Einsatz von Atomwaffen.

Auch was die Handlungsoptionen der Bundesregierung angeht, vertreten die Ostdeutschen mehrheitlich kritische Positionen. Für mehr als drei Viertel der Befragten gehen die diplomatischen Bemühungen zur Beendigung des Krieges noch nicht weit genug. Mit 45 Prozent gehen fast jedem zweiten Ostdeutschen die Sanktionen gegen Russland zu weit. 68 Prozent sprechen sich gegen die Lieferung schwerer Waffensysteme aus. Zum Vergleich: Von den vom NDR befragten Menschen aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und dem ebenfalls dem Osten zuzurechnenden Mecklenburg-Vorpommern sind «nur» 59 Prozent der Befragten der Meinung, dass die diplomatischen Bemühungen zur Beendigung des Krieges noch nicht weit genug gingen. Deutlicher ist der Unterschied bei der Bewertung der Sanktionen – hier sind nur 16 Prozent der Meinung, dass die Sanktionen zu weit gehen. Die Einschätzung zur Lieferung schwerer Waffen wurde vom NDR leider nicht abgefragt.

Eine klare Ablehnung gibt es sowohl im Osten als auch im Westen bei der von der Ukraine gewünschten Lieferung von Kampfjets. Die lehnen 60 Prozent der vom NDR Befragten und 88 Prozent der vom MDR Befragten ab.

Grosse Unterschiede bei der Einschätzung der Schuld-Frage

Während im Westen ganze 79 Prozent der vom NDR Befragten die Hauptverantwortung für den Krieg bei Russland sehen, sind dies im MDR-Sendegebiet lediglich 51 Prozent. Vor allem wenn es um die Mitverantwortung des Westens und der NATO geht, fallen die Antworten der Ostdeutschen deutlich differenzierter als im Westen aus. So geben im MDR-Sendegebiet 38 Prozent der Befragten der USA die alleinige oder überwiegende Schuld und weitere 39 Prozent eine Teilschuld. Nur 17 Prozent der befragten Ostdeutschen vertreten die Position, die USA träge gar keine Schuld am Ausbruch des Krieges in der Ukraine. Ähnliche Ergebnisse gibt es für die NATO – hier sind nur 21 Prozent der Meinung, die NATO träge gar keine Schuld. Bemerkenswert ist auch: 25 Prozent der Befragten geben der Ukraine die alleinige oder überwiegende Schuld, weitere 45 Prozent eine Teilschuld, während nur 23 Prozent die Ukraine für vollkommen unschuldig betrachten.

Dies sieht im Westen ganz anders aus. Leider hat der NDR nicht so differenziert lediglich nach der «Hauptschuld» gefragt. Und hier sehen nur 9 Prozent der Befragten die Hauptschuld bei den USA. Die Unterschiede zwischen den westdeutschen Teilnehmern aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und den ostdeutschen Teilnehmern aus Mecklenburg-Vorpommern ist jedoch so gross, dass der NDR sie speziell für diese Frage separat ausweist: Während nur 7 Prozent der Westdeutschen die Hauptschuld bei den USA sehen, sind es 27 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern.

Diese Ergebnisse sind hoch interessant und eine Interpretation ist nicht einfach. Gerne wird an dieser Stelle argumentiert, dass die Ostdeutschen aufgrund ihrer DDR-Vergangenheit eine freundlichere Grundeinstellung gegenüber Russland und eine feindlichere Grundeinstellung gegenüber den USA hätten als ihre westdeutschen Landsleute. Das mag in Teilen so sein, überzeugt jedoch nicht als monokausale Erklärung. Ich kenne beispielsweise genauso viele US- und NATO-kritische Westdeutsche, wie ich russlandkritische Ostdeutsche kenne. Einen grösseren Unterschied gibt es jedoch in einem ganz anderen Punkt: Dem Vertrauen in die Medien.

Das sagen zumindest – diesmal repräsentative – Befragungen. Während in Westdeutschland der Tageschau, dem SPIEGEL oder sogar der BILD immer noch häufig alles geglaubt wird, sind die Ostdeutschen hier deutlich kritischer und haben zudem oft ein breiter gefächertes Informationsangebot. Das scheint gerade beim Thema «Ukraine-Krieg» den grossen Unterschied zu machen. Während im Westen immer noch viele Menschen die massive mediale Meinungsmache schlucken, wird die einseitige Kost im Osten offenbar stärker hinterfragt. Das zeigt sich in den Ergebnissen der Befragungen wieder. Offenbar sind die Ostdeutschen nicht nur kritischer, sondern auch schlauer als ihre westdeutschen Landsleute, da sie die Meinungsmache hinterfragen und nicht alles schlucken, was ihnen präsentiert wird.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=94423>

Aus der eigenen Geschichte nichts gelernt – Deutschland lehnt chinesische Friedensinitiative ab

28 Feb. 2023 20:55 Uhr

Mit der umgehenden Ablehnung der chinesischen Friedensinitiative und dem Setzen auf einen militärischen Sieg fällt Deutschland hinter den Gründungsgedanken der UNO zurück. Das zwanghafte Bestehen auf die Wiederholung gemachter Fehler macht Deutschland zum moralisch Bösen.

Von Gert Ewen Ungar

Die Ukraine entscheidet selbst, wann sie in Verhandlungen mit Russland eintreten möchte, war bisher das Mantra der deutschen Politik. Diese Zusicherung gerät nun plötzlich in den Hintergrund, denn die Ukraine zeigt sich gegenüber Chinas Friedensinitiative nicht grundsätzlich abgeneigt. Ob es sich dabei um aufrichtiges Interesse an Frieden oder – wie bereits bei Minsk 2 – lediglich um eine diplomatische Finte handelt, wird sich zeigen. Schon jetzt ist jedoch klar, Politik und Medien in Deutschland weisen die chinesische Initiative zurück. Von der Autonomie der Ukraine, für sich selbst entscheiden zu können, ist keine Rede mehr. Dabei hätte es nach all den Bekenntnissen zur Souveränität der Ukraine eigentlich heissen müssen, wenn die Ukraine bereit ist, mit China in Verhandlungen einzutreten, unterstützen wir sie darin selbstverständlich genauso uneingeschränkt wie in ihrem militärischen Bemühen.

Das Papier war kaum veröffentlicht, da wurden China unlautere Absichten unterstellt. Es diene nur eigenen Interessen, meint beispielsweise Marie von Mallinckrodt, ARD-Korrespondentin in Peking. Das Redaktionsnetzwerk Deutschland wusste sogar schon vor der Veröffentlichung des konkreten Plans, dass der Vorschlag Chinas wenig vertrauensvoll ist.

Bei Lanz kommt CDU-Aussenpolitiker Norbert Röttgen zu Wort, der sich sicher ist, mit Frieden habe der Vorschlag Chinas nichts zu tun. China wolle nur sein Image aufbessern, glaubt der CDU-Hardliner. Dabei hat das Land das gar nicht nötig, denn Chinas Image ist ausserhalb des kollektiven Westens deutlich besser als das Deutschlands, wie die Misserfolge der deutschen Chefdiplomatin im Ausland belegen. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Anton Hofreiter, hält die chinesische Friedensinitiative gar für ein Ablenkungsmanöver und behauptet faktenwidrig, Putin habe gesagt, Ziel sei die Eroberung der Ukraine. Allein schon die Tatsache, dass diese Falschbehauptung unwidersprochen blieb, zeigt, dass es um den deutschen Journalismus nicht gutsteht. Wenn es ins Narrativ passt, darf auch gelogen werden.

Die deutsche Aussenministerin hat im Vorfeld der UN-Abstimmung zur Ukraine-Resolution deutlich gemacht, dass das Ziel eine vollständige Kapitulation Russlands sein muss. Sie besteht weiterhin auf einen Sieg der Ukraine über Russland und lehnt Gespräche ab. Deutschland wurde für die Waffenlieferungen kritisiert. Auch Baerbock reagierte mit der unwahren Behauptung, wenn die Ukraine aufhören würde zu kämpfen, würde sie aufhören zu existieren.

Mit dieser Haltung erfährt sie viel Unterstützung, vorwiegend im Milieu der Grünen, aber auch der Linken. Mit ihrem Beharren auf Waffenlieferungen und einer militärischen Lösung verleiht Baerbock damit einem in Deutschland herrschenden Geist Ausdruck, der hinter den Gründungsgedanken der Vereinten Nationen zurückfällt. Es besteht nämlich nicht nur ein Gewaltverbot, sondern eine Verpflichtung zum Erhalt und der Herstellung des Friedens auf allen Ebenen. Deutschland verweigert sich mit seinem Bekenntnis zum Militarismus diesem Grundgedanken und zieht den Konflikt auf Kosten der Ukraine in die Länge. Es geht darum, Russland möglichst umfassend zu schaden, die Ukraine ist lediglich Mittel zum bösen Zweck.

Die deutsche Haltung ist unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten mehr als fragwürdig. Die Ablehnung von Verhandlungen, verbunden mit dem Ziel, einen militärischen Sieg über Russland erreichen zu wollen, bedeutet einen Rückfall in die Zeit vor 1945, während der Deutschland versuchte, Europa militärisch eine neue Ordnung aufzuzwingen. Die Gründung der UN geht auf die Folgen genau dieses deutschen Denkens zurück und setzt auf Vermittlung und diplomatische Anstrengung, um der Geissel des Krieges ein Ende zu setzen.

Vor diesem Hintergrund ist gerade die deutsche Verweigerung gegenüber Verhandlungen und der diplomatischen Suche nach einer Lösung geschichtsvergessen. Das Streben nach militärischen Siegen unter Ausschluss von Verhandlungen war für Europa und die Welt verheerend. Um dies künftig zu verhindern, wurden die Vereinten Nationen geschaffen, in deren Zentrum das diplomatische Bemühen nach Konfliktlösungen steht. Deutsche Politik und Teile der deutschen Öffentlichkeit lehnen den Grundgedanken, der der Gründung der Vereinten Nationen zugrunde lag, inzwischen offen ab: Keine Verhandlungen, lasst die Waffen sprechen.

Man wird anführen, diese Sicht sei verkürzt, denn der Überfall Russlands auf die Ukraine stelle einen Bruch des Völkerrechts dar, dem man mit der militärischen Stärkung der Ukraine begegnen müsse. Selbst wenn man sich dieser These anschliesst und die russische Argumentation dazu zurückweist, wird man nicht umhinkönnen, den Vorlauf zu betrachten. Dieser Vorlauf besteht seit 2008 aus einer Aneinanderreihung von

Verstössen gegen das internationale Recht durch den Westen. Das Völkerrecht wurde in der Ukraine so lange gebeugt, bis es schliesslich brach.

Entsprechend zielt der Vorschlag Chinas auf die vollständige Wiederherstellung des internationalen Rechts und dessen Einhaltung durch alle Länder. Er verdient daher Würdigung. Ja, die gewaltsame Verschiebung von Landesgrenzen verstösst gegen das Völkerrecht. Der chinesische Vorschlag kritisiert Russland. Allerdings sind auch die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, die Erhöhung der Sicherheit einzelner Staaten auf Kosten anderer Staaten, die Nichtumsetzung von Minsk 2 ebenfalls Verstösse gegen völkerrechtliche Vereinbarungen. Der Konflikt der Ukraine ist eine Eskalation der Verstösse gegen das Völkerrecht. Deutschland hat an dieser Entwicklung nicht nur als Garantiemacht im Rahmen von Minsk 2 erheblichen Anteil. Deutschland hielt an seinen machtpolitischen Bestrebungen fest und glaubte sie durch eine leise und sukzessive Sabotage internationaler Regeln und Verträge erreichen zu können.

Der Konflikt ist aber gleichzeitig auch ein Beleg dafür, dass die Beachtung der UN-Charta den Frieden wahrt. Hätten die USA, die EU, die NATO und Deutschland sich an die Charta der UN gehalten, wäre der Konflikt in seiner jetzigen Form nicht denkbar gewesen. Aus diesem Grund ist die Rückkehr zum internationalen Recht dringend geboten.

Der ganze Vorlauf zum 24. Februar stellt Deutschland in ein besonders schlechtes Licht. Deutschland hat das Völkerrecht beschädigt – nicht nur in der Ukraine, dort aber in besonderem Ausmass. An den Diskussionen, die in Deutschland geführt werden, lässt sich zeigen, dass Politik, Medien und weite Teile der deutschen Gesellschaft das Völkerrecht nur dann als relevant und massgebend anführen, wenn es ihnen in den politischen Kram passt. Für Deutschland und viele Deutsche hat das Völkerrecht nur partielle Gültigkeit. Es wird auf den Status eines rhetorischen Mittels herabgewürdigt, das man in einem Schlagabtausch nutzen kann, und man es so seines universellen Charakters beraubt.

Es wird nicht nur mit zweierlei, sondern mit je nach Situation beliebigem Mass gemessen. Die Besetzung des Nordosten Syriens durch die USA, die Annexion eines Landstreifens in Nordsyrien durch die Türkei, das Bombardement von Damaskus durch Israel, die eigenen, dem Völkerrecht zuwiderlaufende Sanktionspolitik – all das wird unter den Teppich gekehrt und relativiert. Aus diesem Grund fällt es schwer, die deutschen Bekenntnisse zum Völkerrecht, zur Charta der UN und den internationalen Verträgen ernst zu nehmen. Wer deutsche Aussenpolitik verfolgt, weiss, dass die deutsche Politik regelmässig das internationale Recht bricht und seine machtpolitischen Interessen darüber stellt.

Diese Instrumentalisierung des Völkerrechts durch westliche Staaten und Deutschland schafft ein globales Sicherheitsproblem, das im Interesse der globalen Sicherheit und Stabilität korrigiert werden muss. Chinas Initiative ist daher zu begrüessen. Sie ist auch deshalb zu begrüessen, weil mit der unmittelbaren Ablehnung der Initiative deutlich wird, wie wenig sich Deutschland den Werten einer auf Gleichheit basierenden internationalen Staatengemeinschaft und ihren Rechtsnormen verpflichtet fühlt.

Die UN-Charta fordert das Bemühen um Frieden und das aktive Bemühen um Vermeidung von Krieg. Die Politik der Bundesregierung steht in ihrem Handeln diametral zur Charta und nicht nur für den Geist des Kalten Krieges, wie China den Westen kritisiert. Es ist tragischer und bedrohlicher: Die Bundesregierung und grosse Teile der deutschen Öffentlichkeit stehen in der Tradition des Geistes des deutschen Militarismus und Imperialismus. Deutschland wiederholt damit die Fehler, die zu den grossen Kriegen auf europäischem Boden geführt haben.

Deutschland fühlt sich legitimiert, sich auf unterschiedlichen Ebenen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Das umfasst die Förderung von NGOs mit einer westlichen liberalen Agenda im Ausland und geht, wie in Syrien und gegenüber Russland bis zur Verhängung von Sanktionen, mit dem Ziel, die Zivilbevölkerung zu treffen. Es reicht sogar bis hin zur Lieferung von Waffen in Krisengebiete, um dort Konflikte zu verlängern und Geopolitik im westlichen Interesse auf Kosten der Menschen brutal umzusetzen, wie das aktuell in der Ukraine geschieht.

Aus diesem Grund ist der Glaube vieler Deutscher falsch, dieses Mal auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Mit seiner militärischen Unterstützung der Ukraine zeigt Deutschland im Gegenteil, dass es aus der eigenen Geschichte nichts gelernt hat und in einer Art Zwang begangene Fehler wiederholt, in der Annahme, dieses Mal ein anderes, adäquates Ergebnis erzielen zu können. Es herrscht in Deutschland erneut genau derselbe Geist und dieselbe verheerende militärische Logik, die schon zwei Mal zur Zerstörung Europas geführt hat. Wir ergeben uns nicht – Verhandlungen ausgeschlossen!

Deutschland fällt in die militärische Logik zurück, die zur Gründung der UN geführt hat. Das ist angesichts der deutschen Geschichte nicht nur eine Schande, denn die Wiederholung der eigenen geschichtlichen Fehler deutet noch in eine andere Richtung. Unter ethischen Gesichtspunkten verkörpert Deutschland mit seiner Ukraine-Politik und seiner Geschichtsvergessenheit das reine Böse – Deutschland ist soziopathisch. Es fühlt sich auch dann im Recht, wenn es grosses Unrecht begeht, es ist unfähig zur Empathie. Es gibt keine Einfühlung, weder in die russische Position noch in das, was Deutschland der Ukraine antut. Es geht um Sieg, um Überlegenheit, um die Demütigung des anderen, auch wenn das Ergebnis absehbar verheerende Folgen für die Welt mit sich bringt.

Aus diesem Grund ist der chinesischen Initiative viel Erfolg zu wünschen. Es ist zu hoffen, dass am Ende eines sicherlich langen diplomatischen Prozesses eine weltweite Sicherheitsarchitektur Form annimmt, in der auch im ethischen Sinne böse Länder wie Deutschland zwar ihren Platz haben, sie aber in ihrem Streben nach Dominanz und Macht eingehegt werden, sodass dauerhafter Friede unter gleichberechtigten und souveränen Staaten möglich ist.

Quelle: <https://freeassange>.



Ein Artikel von: Albrecht Müller; 28. Februar 2023 um 10:00

An der Berichterstattung und Kommentierung zur Kundgebung von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht ist das deutlich sichtbar geworden. Siehe dazu beispielsweise den NDS-Bericht von gestern: Friedensdemo – Und wie jämmerlich die Medien reagieren. Aber wir geben nicht auf. Wir setzen den Versuch der Aufklärung fort. Mit Ihrer Hilfe. Zu diesem Zweck geben wir Ihnen heute und in den nächsten Tagen konkretes Material an die Hand. Es beginnt mit der FAZ und geht weiter mit Berlin Direkt des ZDF. Und es wird gezeigt, wie Sie unsere laufende Arbeit auf den NachDenkSeiten und andere Publikationen nutzen können, um über Manipulation aufzuklären. Albrecht Müller.

Betrifft: Aufklärung über die Manipulation der FAZ vom 27. Februar 2023.

Dazu erhielten wir eine Mail von Dr. Christoph Radke, Notar aus Gera. Er war am 25. Februar bei der Demonstration in Berlin und staunte über den Bericht der FAZ vom 27. Februar. In einem Leserbrief hat er sich gegenüber der FAZ entsprechend kritisch geäußert.

Unser Vorschlag: Überlegen Sie, wer in Ihrem Umfeld FAZ liest und sprechen Sie diese Personen bitte dann direkt mit dem Leserbrief von Dr. Christoph Radke an. Sein Leserbrief müsste auch bei eingefleischten FAZ-Lesern Zweifel aufkommen lassen. Hier ist sein Leserbrief:

28. Februar 2023
Dr. iur. Christoph Radke

An
Frankfurter Allgemeine
60267 Frankfurt am Main

Leserbrief zu:

FAZ vom 27. Februar 2023, Seite 2 / Krieg und Kompromisse von Friederike Haupt
Kundgebung von Alice Schwarzer und Sarah Wagenknecht

Sehr geehrte Herren Herausgeber!

Der Bericht von Friederike Haupt kommt einer Lüge gleich. Ich selbst habe an der Kundgebung vor dem Brandenburger Tor von Anfang bis Ende teilgenommen, etwa 50 m von der Tribüne entfernt. Ihre Autorin Friederike Haupt kann nicht dabei gewesen sein, da sie den Kern der Veranstaltung und die Atmosphäre völlig verzeichnet. Auf der Kundgebung sprachen – gleichberechtigt neben Frau Wagenknecht und Frau Schwarzer – der Politologe Hans-Peter Waldrich, der US-Amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Professor Jeffrey Sachs (Columbia University/New York) sowie der ehemalige Brigadegeneral und Berater von Kanzlerin Merkel, Erich Vad; Vad ist CDU-Mitglied. Alle 3 legten in ruhiger Weise ihre substantiiert begründeten Positionen dar. Das Publikum war zahlreich; es herrschte aufs Ganze betrachtet eine freundliche und angenehme Atmosphäre. Rechtsextreme Äusserungen habe ich nicht wahrgenommen. Liest man hingegen Frau Haupt, war es eine Veranstaltung allein von Frau Schwarzer und Frau Wagenknecht zur Befriedigung zweifelhafter politischer Interessen mit äusserst schwachen Argumenten, getragen von einem überwiegend tumben und verwirrten (stotternden!) Publikum. Das ist eine freche und groteske Verzeichnung der Realität. Ich bin 56 Jahre, Notar im Hauptberuf, habe am von Jesuiten getragenen CanisiusKolleg in Westberlin das Abitur abgelegt und in Würzburg promoviert: Die Dummheit dieser Berichterstattung beleidigt meinen Verstand; ich halte sie einer Tageszeitung mit geistigem Anspruch für unwürdig. Mit solchen Artikeln zerstören Sie das Vertrauen in eine unabhängige Presse.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. iur. Christoph Radke

P.S.: Ich vermute, dass Sie diesen Leserbrief – jedenfalls ungekürzt – nicht veröffentlichen werden, habe ihn aber dennoch geschrieben, weil ich hoffe, dass wenigstens einer Ihrer Herausgeber in der Lage sein wird, den Ernst der Lage zu begreifen, in die Sie durch solche Berichterstattung Ihre Zeitung und denjenigen Leser bringen, der die FAZ nicht nur liest, weil sie sich auf dem Schreibtisch gut macht. Ich habe keinerlei Interesse an der Herabwürdigung der Presse oder von Journalisten; ich bin allerdings der Meinung, dass Auseinandersetzung in einer Demokratie nur beruhen kann auf einer freien Presse, die ihre Aufgabe auch tatsächlich erfüllt, nämlich den Leser zunächst unvoreingenommen zu unterrichten, damit er sich selbst eine begründete Meinung bilden kann. Presse wird sonst zur Propaganda und damit für den denkenden Leser überflüssig

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=94398>

Lieber Friedensschwurbler als Kriegstreiber

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 26. Februar 2023

Wer geglaubt hat, dass nach der Erfahrung zweier totalitärer Diktaturen, eine dritte in Deutschland keine Chance mehr hätte, sieht sich getäuscht. Längst herrscht wieder eine Staatsideologie, der nicht widersprochen werden darf. Diese Ideologie wird von einer kleinen radikalen oder sogar extremistischen Minderheit der Mehrheit oktroyiert. Es drohen nicht mehr in erster Linie Gefängnis und Todesstrafe, sondern öffentliche verbale Hinrichtungen in totalitärer Schärfe.

Das kam nicht über Nacht, sondern hat sich über Jahre entwickelt. Anderen Meinungen kein Podium zu bieten, hat eine lange Tradition in Deutschland, die von den 68ern, die mit Mao-Bibeln in der Tasche und Bildern von den Massenmördern Mao und Pol Pot zu ihren Demos gegen das «Schweinesystem», damals auch gern «Happenings» genannt, eilten. Es gibt reichlich Filmmaterial, das dokumentiert, wie die «revolutionäre» Menge auf Kommando in Gleichschritt verfiel, um anschliessend den langen Marsch durch die Institutionen anzutreten. Heute sitzen sie und zunehmend ihre Nachfolger, in den Institutionen fest im Sattel und zwingen der Gesellschaft ihren geliebten Gleichschritt auf. Wie in allen Diktaturen werden die Gegner in den Untergrund gedrängt. In Nazideutschland waren es die illegalen Zirkel und Kreise, in der DDR kirchliche Räume, die halblegale Aktivitäten ermöglichten, heute sind es die sozialen Netze und die Kommentarspalten der staatsnahen Presse, in denen sich der Widerstand artikuliert.

Geändert hat sich, dass sich Politik und ihre Journaille nicht mehr beeindrucken lassen. So feige sie vor den Forderungen radikaler Minderheiten zurückweichen, so fest entschlossen sind sie, die Meinung der Mehrheit nicht zur Kenntnis zu nehmen. In den Corona-Jahren ist die hässliche Fratze des Gesinnungsstaates zur alltäglichen Erfahrung geworden.

Wie in der Nazidiktatur und in der DDR schafft sich der Gesinnungsstaat seine eigene Sprache. Dabei bedienen sich die Sprachenerfinder aus dem totalitären Arsenal. In der Sowjetzeit wurde die Bevölkerung mit immer neuen Akronymen traktiert. Das ist heute wieder der Fall. Dafür sorgt die LGBTQ-Lobby.

Die mit unseren Zwangsgebühren finanzierten Öffentlich-Rechtlichen hämmern ihren Hörern das Gendern ein. Es werden immer mehr Tabus geschaffen, um den Machtanspruch zu sichern. Neuestes Diktat ist, Transmänner, also Männer, die sich als Frauen verkleiden, als Frauen anzuerkennen und zu vergessen, dass es biologische Männer und Frauen gibt. Das Skelett einer Transfrau würde immer als männlich identifiziert

werden, denn die Ideologie ist gegenüber der Realität machtlos. Sie kann nur im Reich der Phantasie reüssieren.

Zu den neuen Worten, die in den Corona-Jahren kreierte wurden, gehört «Schwurbler». Das waren alle, die es wagten, der Pandemie-Legende zu widersprechen und die Regierungsmassnahmen zu kritisieren. Zwar haben die Corona-Schwurbler in allen Punkten recht behalten, wie mit jedem Tag durch neue Studien erhärtet wird, aber der Begriff «Schwurbler» scheint magische Anziehungskraft zu haben. Deshalb hat ein inzwischen älterer weisser Mann mit rotem Kamm den Begriff «Friedensschwurbler» geprägt.

Gemeint sind alle Menschen, die sich der herrschenden Kriegslogik entziehen und es wagen, an der Tatsache festzuhalten, dass Karthago nach dem dritten Krieg nicht mehr auffindbar war. Seinen Kindern und Enkeln ein Leben in einer nicht radioaktiv verseuchten Trümmerwüste zu ermöglichen gilt den Kriegsgeilen heute als «voll nazi». Ich meine damit die Leute, die öffentlich den «totalen Sieg» wollen und deshalb alle Verhandlungen ablehnen.

Meine Kindheit, Jugend und mein junges Erwachsenen-Alter wurde überschattet von der Drohung eines Atomkrieges, dem die Welt in der Kuba-Krise gefährlich nahe war. Wir glaubten mit der Friedlichen Revolution diese Gefahr für immer überwunden zu haben. Irrtum.

Es ist erst zwei Jahre her, dass die eifrigsten Waffenlieferer mit dem Slogan: «Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete» Wahlwerbung für sich gemacht haben. Deren «Spitzenfrau» Baerbock hat jetzt Putin aufgefordert, seinen Kurs um 360° zu ändern. Kann es wirklich Sünde sein, dafür sorgen zu wollen, dass solchen Gestalten die Macht schnellstens aus den Händen genommen wird?

Ich bin im Zweifel lieber Friedensschwurbler als Kriegstreiber, aber vor allem bestehe ich auf das Recht, eine differenzierte Position zu beziehen. Tertium datur!

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2023/02/26/lieber-friedensschwurbler-als-kriegstreiber/>

10-TAUSENDE IN BERLIN

Für Verhandlungen, gegen Waffenlieferungen

Autor: Uli Gellermann, Datum: 26.2.2023

Trotz jeder Menge Diffamierungen vor der grossen Friedens-Demo in Berlin, trotz allerlei Polizeischikanen an den Zugängen zur Demo und obwohl die BVG zeitweilig S- und U-Bahnen nicht am Brandenburger Tor halten liess: Die Menschen strömten zu einer Demonstration, die eindeutig gegen Waffenlieferungen und für Verhandlungen eintrat. Im Tiergarten und auf Nebenstrassen drängten ganze Gruppen und Familien zum Brandenburger Tor. Die Stimmung war friedlich und optimistisch, keine Spur von organisiertem Rechtsradikalismus, den eine uniforme Medienlandschaft vorher herbeigebetet hatte.

«Putinfotzen» und «Putinschwanzlutscher»

«Umstritten» war das Lieblingswort einer dumpfen Journaille für die Kundgebung und auch danach hielten die bezahlten Agitatoren der Regierung gern am «Umstritten»-Wording fest. Einen Höhepunkt leistete sich die österreichische Zeitung «Standard», die in Zusammenhang mit den Organisatoren der Friedens-Aktion von «Putinfotzen» und «Putinschwanzlutschern» schrieb. Das intellektuelle Niveau anderer Kritiker von Schwarzer und Wagenknecht – wie Herfried Münkler, Robert Habeck oder Friedrich Merz – war nur unwesentlich besser.

«Diktatfrieden» bei der ARD

In Vorbereitung des Starts einer neuen Friedensbewegung führte das Institut Allensbach eine Umfrage zum Thema durch: Eine Mehrheit der Deutschen fühlt sich durch «militärische Verwicklung Deutschlands» auch persönlich bedroht. Das macht der «Tagesschau» nichts aus, sie lässt einen Anonymus von einem «Diktatfrieden» erzählen, der mit den Friedensdemonstrationen angestrebt würde. Der ARD-Autor Thomas Vorreyer weiss entweder nicht, dass dieses Wort aus dem Arsenal der Nazis stammt, oder es ist ihm völlig egal.

Rechter geht immer

Das zumeist gut informierte «Wall Street Journal» hatte jüngst berichtet, dass britische, deutsche und französische Regierungsmitarbeiter an einer Übereinkunft arbeiteten. Sie solle die Versorgung der Ukraine mit modernem militärischem Gerät, Waffen und Munition garantieren. Dass man damit dem 3. Weltkrieg näherkommt, will dem «Wall Street Journal» nicht auffallen. SPD-Chefin Esken sagte im ZDF, es fehle ihr das Verständnis, wenn man gemeinsam mit Rechtsaussen und Russland-Fahnen demonstriere. Die Parteibeamtin mochte in den letzten Tagen die Lieferung von Kampffjets in die Ukraine nicht ausschliessen. Rechter geht immer, Esken ist der Beweis.

Zeit für einen grossen Ratschlag

Nach der Demo ist vor der Demo: Es wäre Zeit für einen grossen Ratschlag der Friedensbewegung, Zeit für eine gemeinsame Strategie, um die parallelen Entwicklungen und Eitelkeiten auszuschliessen. Gellermann wartet immer noch auf eine Antwort von Frau Wagenknecht auf seine Frage, ob man denn die beiden Demonstrationen in Berlin hätte zusammenführen können. Über solche Fraktionierungen und Eitelkeiten freut sich die Rüstungsindustrie.

Panzer-Dealer Olaf Scholz in Indien

Während die deutsche Friedensbewegung zum langen Marsch für Frieden Anlauf nimmt, hat der Panzer-Dealer Olaf Scholz in Indien versucht, die Inder zu disziplinieren. Nach einem Treffen mit Premier Modi forderte Scholz eine klare Haltung des Landes zum russischen Angriffskrieg. Dass die Zeit des Kolonialismus vorbei ist, ist solchen Figuren wie Scholz nur schwer beizubringen. Auch das muss auf den Zettel für den grossen notwendigen Friedens-Kongress.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/10-tausende-in-berlin>

Pressemeldungen und Kommentare zur Einheits-Medien-Kriegsfront vom 2. März 2023

Da hat sich das liebe Lenchen mal wieder in der Adresse geirrt. Der Krieg wurde von den USA provoziert (leider hat Russland ihn begonnen) und wird von den Mittätern NATO (= USA-Werkzeug) und der dummen EU-Diktatur ausgeführt, die mehr und mehr Öl ins Feuer giessen. Der gewissenlose Schauspieler-Präsident S. tut weiterhin sein Bestes, um die West-Europäer und andere weiter am Narrenseil herumzuführen. Aber der Schuss wird gewaltig nach hinten losgehen, wenn Russland die Hölle losbrechen lässt. Nur die irren Machthaber in den USA können den Wahnsinn stoppen. Aber dafür müssten sie ihre kranken Hirne heilen, und das ist äussert unwahrscheinlich.



Wieder falsch buchstabiert, Märchenonkel Olaf von der Zeitenwende

«USA» schreibt man mit «U» und «S» und «A», nicht mit «P» und «u» und «b» und «i» und «n».

Wo kein Hirn ist, da ist Vakuum.

Ach ja, vielleicht noch zur Erklärung; was der unterbelichteste Kanzler mit «Zeitenwende» genau meint: Zeitenwende = Ende von Vernunft, Entspannungspolitik und Wille zum Frieden = Kriegsgeilheit und unsägliche Dummheit auf Kosten des Friedens und der Menschen, verursacht durch menschenfeindliche Regierungen.



A.W., Deutschland

Roger
Köppel

HOME AKTUELL TERMINE MEINE POLITIK PERSÖNLICH ENGAGIEREN SIE SICH



Die offene Gesellschaft und ihre Feinde

Die offene Gesellschaft ist in akuter Gefahr. Die neuen Abschotter und Freiheitsfeinde, moderne Höhlenmenschen, sind auf dem Vormarsch. Überall errichten sie Gefängnisse, Scheiterhaufen, brennen sie Brücken ab und ziehen ihre Schreckensherrschaft der Unfreiheit hoch. Ihr jüngster Angriff zielt auf den Freihandel, den weltweiten Austausch von Gütern, Waren und Dienstleistungen. Kauft nicht bei denen, treibt keinen Handel mit jenen – die selbsternannten Hüter ihrer Hochmoral sind eine real existierende Bedrohung für Frieden und Wohlstand auf der Welt.

Die offene Gesellschaft – geprägt hat diesen Begriff der britisch-österreichische Philosoph Sir Karl Raimund Popper, Zeitzeuge der mörderischen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts. Gegen die Prediger des Hasses, der Ideologie und der Politik verfasste er in London eine berühmte Kampfschrift: «Die offene Gesellschaft und ihre Feinde». Sie wurde zur Bibel einer ganzen Generation. Der ungarisch-amerikanische Investor George Soros erklärte Popper zum Leitgestirn und Säulenheiligen. Im Gespräch mit der Weltwoche bekannte der hochechrfolgreiche Unternehmer, Popper sei für ihn ein Idol, eine ewige Inspiration, ein politisches Vorbild.

Vielleicht ist es übertrieben, aber sicher nicht falsch, Popper den prägenden Fundamentaldenker eines aufgeklärten, wehrhaften Liberalismus zu nennen. Ähnlich wie die grossen Ökonomen Friedrich August von

Hayek und Ludwig von Mises, die das Problem der Freiheit als Frage der Volkswirtschaft abhandelten, zielte Popper aufs Grundsätzliche. Er wandte sich, als Erkenntnistheoretiker (Was kann ich wissen?), gegen die stets lockende Versuchung der Intellektuellen, das Chaos der Geschichte auf berechenbaren Axiomen festzuzurren. Kein grösserer Aberglaube als die Idee, die Geschichte folge einer naturgesetzlichen Notwendigkeit.

Darin sah Popper den grossen Irrtum, die fürchterliche Gefahr. Marx, Lenin, Hitler, aber auch Philosophen wie Hegel, den er zu Unrecht ins Visier nahm, hätten sich eingebildet, die menschliche Seele, dieses Gewirr an Trieben, Gefühlen und Leidenschaften, Ur-Stoff der Politik, zu durchschauen, die angeblichen Gesetze der Geschichte, daraus abgeleitet das trügerische Selbstvertrauen, die fanatische Gewissheit der Ideologie – mit verbrecherischer Konsequenz. Dagegen stellte Popper seine friedliche Vision der Bescheidenheit, den Verzicht auf absolute politische Wahrheiten, dafür die Tugend der Offenheit, der Diskussion, der Demokratie, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Man geht nicht fehl in der Annahme, in diesem liberalen Credo eine geistige Erfolgsgrundlage der westlichen Zivilisation zu erblicken. Freiheit, Vielfalt, Rechtsstaat und weltweiter Freihandel, mit dem Wort «Globalisierung» nur unzureichend beschrieben und ideologisch überhöht, sind zu Pfeilern eines Weltwunders von Frieden und Wohlstand geworden. Das ist der Grund, warum Leute wie Soros oder Konferenzen wie das World Economic Forum, aber auch die meisten Regierungen, egal, ob links oder rechts, den Freihandel jahrzehntelang fast religiös gepredigt haben als unverzichtbare Voraussetzung für eine bessere Welt. Sie hatten recht.

Umso verstörender, umso absurder erscheint die abrupte, schockartige Schubumkehr, eine Art «Great Reset», der die einstigen Vorantreiber und Anhänger des Freihandels jetzt in nicht minder glühende Verfechter des Gegenteils verwandelt: Abschottung, Rückzug, wenn nicht Abbruch, so doch massive Einschränkung der globalen Vernetzung. «Entkoppelung» lautet ihre neue Kampffparole. Die Minnesänger einer möglichst grenzübergreifenden, weltumspannenden Wirtschaft mit dem Ziel, die alten Feinde des Kalten Kriegs aus ihren Schützengraben zu locken, allen voran George Soros und Klaus Schwab, seilen sich ab, sind zu Ideologen der Scholle geworden.

«Kauft nicht bei den Chinesen!» – «Haltet euch von den Russen fern!» – «Boycottiert alles, was nicht in unser Weltbild passt.» Im gespenstischen Gleichschritt mit den linken Verächtern des Freihandels verkünden Schwab und Co. heute ihr neues Woke-Evangelium: Konfrontation statt Kooperation. Intoleranz statt Toleranz. Krieg statt Frieden. Von einer Verheissung, einer Chance, wird der freie Austausch des gegenseitigen Nutzens zur Waffe gegen die Ungläubigen, gegen die moralisch Minderwertigen umgerüstet. Die Popper-Jünger, die Apostel der offenen Gesellschaft sind zu ihren Feinden geworden; Tempelritter eines neuen Kreuzzugs.

Für kleine Länder wie die Schweiz ist das verheerend. Die «Globalisierung» hat allen Unkenrufen zum Trotz die Welt besser, reicher, gerechter gemacht. Hunderte Millionen Menschen fanden Anschluss. Profitiert haben vor allem die Armen, die Kleinen. Wird das alles zurückgedreht, zerstückelt und zerhackt, gewinnen die Grossen, drohen dramatische Verluste an Wohlstand samt ihren Folgekatastrophen. Die Welt droht wieder in Imperien und Protektorate zu zerfallen. Die Philosophie des Freihandels, der Freiheit soll gewaltsam verdrängt werden durch ein neues Stammesdenken, durch Merkantilismus, Kolonialismus, Überheblichkeit und Heuchelei.

Die Ideologie der Abschottung breitet sich nicht nur in der Wirtschaft aus. Im Geistigen tobt ein neuer Gender-Biologismus, eine Scheiterhaufenmentalität der politischen Korrektheit, die alles abrasieren will, was abweicht. Erleben wir den Zusammenbruch einer Zivilisation, eine Zeitenwende zurück ins Mittelalter? Damals brach, auch aus purer Dekadenz, der Universalismus der antiken Welt zusammen. Aus den schönen Trümmern wucherten Frömmel und Sektierertum, die neue Unübersichtlichkeit zahlloser kriegerischer Fürstenhäuser. Es sollte Jahrhunderte dauern, bis Europa das verlorengegangene Zivilisationsniveau zurückerlangte.

Und wieder einmal steht die europäische Kultur an einer Abbruchkante. Auch vor etwas über hundert Jahren, vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, hielt man einen Zivilisationsabsturz für unwahrscheinlich. Zu angenehm seien die Zeiten, zu gross die Verflechtung. Die Sorglosigkeit verflug auf den blutdurchtränkten Schlachtfeldern zweier Weltkriege. Dem Wahnsinn voraus ging der Triumph der Ideologie, Propaganda, an die man selber glaubt. Auch damals trumpften die Abschotter, die Biologen und die Fanatiker auf. Wer für den Frieden war, galt als Verräter, als «Volksfeind», «Schädling» der einzig wahren Gesinnung. Menschen sind verführbar, Politiker, Intellektuelle und Journalisten besonders. Ideologie ist ein mächtiges, zerstörerisches Gift.

Es gilt heute, mehr denn je, die offene Gesellschaft, den Freihandel, die Zusammenarbeit über alle politischen und kulturellen Unterschiede hinweg zu verteidigen, zu pflegen. Persönlichkeiten wie George Soros oder Klaus Schwab, die viel Gutes gemacht haben, scheinen sich an eine Ideologie des Weltstaats anzuliefern, an die Utopie einer unter einem, unter unserem System zusammenwachsenden und zusammenrückenden Menschheit. Der Weltstaat wäre die schlimmste Tyrannei. Denn nichts gefährdet die Freiheit, die offene Gesellschaft mehr als die schreckliche Einfalt einer einzigen Autorität, Monokultur, und gebe sie sich

auch noch so aufgeklärt und demokratisch. Macht korrumpiert. Absolute, gar weltumspannende Macht korrumpiert absolut. Verteidigt den Freihandel, rettet die Freiheit!

R.K.

Autor: Roger Köppel

Quelle: <https://www.xn--rogerkoppel-jcb.ch/blog/weltwoche-kommentar-9-23/>

Gesendet: Donnerstag, 02. März 2023 um 19:24 Uhr

Von: "Sabine Maehner" Sabine.Maehner@weltwoche.ch

An: ...@gmx.net, Betreff: Kopierecht-Anfrage

Guten Abend Herr Wolf

Mit herzlichen Grüßen von Roger Köppel dürfen Sie seinen Artikel mit der Nennung der Weltwoche-Ausgabe Nr. 9 / 2023 nachdrucken.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Mähner

Assistentin der Chefredaktion, Leitung Sekretariat

DIE WELTWOCH

Weltwoche Verlags AG Zollikerstrasse 90, 8702 Zollikon,

Tel. +41 434 44 57 00

Direkt +41 434 44 56 16

Fax +41 434 44 56 69

E-Mail sabine.maehner@weltwoche.ch

Für den Frieden Es gibt keinen Atomkrieg!

Kai Amos, Mittwoch, 22.2.2023

Seit einem Jahr tobt in Europa bedauerlicherweise der sogenannte Ukrainekrieg mit allen üblen Folgen, die dieses Verbrechen (Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit) mit sich bringt. Da gewisse Regierungen mit ihrer Parteilichkeit Waffen, Waffenteile und «Freiwillige» in den Krieg schicken, wird der Krieg nicht nur unnötig in die Länge gezogen, sondern er verursacht so immer mehr Leid und Elend, und treibt die Eskalation des Krieges voran. Mit Eskalation meine ich ausdrücklich KEINEN Atomkrieg. Eskalationen finden in jedem Krieg logischerweise immer mehr statt, je länger er dauert (siehe 30jähriger Krieg), weil immer mehr Hemmungen zu Morden abgebaut werden, und Not wie Hunger, etc. immer mehr zunehmen. Zunehmend sind Stimmen zu vernehmen, die vor einem Atomkrieg warnen, oder einen Atomkrieg regelrecht herbeireden.

Dagegen muss ich meine Stimme erheben, damit kein Atomkrieg herbeigeredet wird!

Darum handelt es nämlich, ein Herbeireden eines Atomkrieges. Es wäre wesentlich zweckdienlicher, seine Energie dahingehend zu verwenden, mit friedlichen Mitteln (mit Waffen kann man nicht für den Frieden kämpfen), für den Frieden zu kämpfen. **Möglichkeiten gibt es viele:**

Friedensmeditation (siehe www.figu.org) Friedliche Gedanken und Friedensforderungen in Gedanken an alle Verantwortlichen (Politiker der US-NATO-EU-Diktatur, Selensky, Putin, etc.) zu senden. Wir wissen aus der Schöpfungsenergielehre, dass alle Gedanken und Schwingungen, die man aussendet, bewusst oder unbewusst aufgefangen werden und Reaktionen auslösen, ob einem das bewusst ist oder nicht)

Protestbriefe an dieselbigen zu senden. – Petitionen für den Frieden zu initiieren und/oder zu unterschreiben

Und, und, und ...

Die 16. Grundregel des wahren Menschseins sagt folgendes: Jeder Mensch lebe stets gegenwärtig, doch schaue er in die Zukunft und Sorge sich um deren Gestaltung, während er jedoch auch die Vergangenheit in Betracht ziehe und daraus lerne, um Erfolge, Erkenntnisse und Fortschritt zu erzielen.

Wo passt diese Grundregel besser als auf die jetzige Weltlage?
Friede sei auf der Erde und unter allen Geschöpfen



Ein Artikel von Werner Rügemer; 9. März 2023 um 9:15

Der grösste deutsche Rüstungskonzern produziert keine Rüstung, sondern «umweltschonende Mobilität» – und übrigens: Er ist gar nicht deutsch.

Von Werner Rügemer

Der Rheinmetall-Konzern, der schon Kaiser Wilhelm und Adolf Hitler lukrativ diente und in der Bundesrepublik Deutschland mit dem CDU-Vorsitzenden und Gründungskanzler Konrad Adenauer wieder aufstieg (für den US-Krieg gegen Korea, für die Bundeswehr), produziert gepanzerte Kettenfahrzeuge, Turmsysteme, Gross- und Mittelkaliberwaffen und Munition für den Leopard und andere Panzer, Flugabwehr- und unbemannte Flugsysteme, U-Boot-Ausrüstungen, militärische Antriebssysteme. Das Ersatzteilgeschäft blüht auf allen Kontinenten. Gegen den Konkurrenzpanzer Leopard entwickelt Rheinmetall den eigenen Panzer KFS1 Panther – und dafür ist nun auch eine Fabrik in der Ukraine geplant.

«Ein Unternehmen der umweltschonenden Mobilität»

Öffentlich, so auch auf seiner Website, ist bei Rheinmetall allerdings von Rüstung gar nicht die Rede. Der Rüstungskonzern produziert gar keine Rüstungsgüter. Sondern: «Rheinmetall ist ein integrierter Technologiekonzern für umweltschonende Mobilität».

Eine andere Selbstdarstellung lautet: «Rheinmetall – Ein internationaler integrierter Technologiekonzern». Und was macht ein solcher Konzern? Er entwickelt «innovative Lösungen für eine sichere und lebenswerte Zukunft». Flugabwehr- und Tarnsysteme laufen unter «Wirkmittel». Und Rheinmetall verspricht: Bis 2035 sind wir «CO₂-neutral»!

So wird es inszeniert: Militär ist kein Militär, sondern eine Unterabteilung der allgemeinen Mobilität – natürlich der grünen Mobilität. An der Börse ist Rheinmetall in der Rubrik «Industriegüter» versteckt. Da rangiert der Panzer-, Kanonen- und Munitionshersteller harmlos neben Herstellern von Maschinen und Glasprodukten.

So ist Rheinmetall ein Rüstungskonzern der neuen kapitalistischen Art: Nach aussen grün, umweltschonend, nachhaltig und innovativ angestrichen, einer lebenswerten Zukunft zugewandt: Bis zum letzten ukrainischen Soldaten! Halt, da fehlt doch was: Die ukrainische Armee ist ja an westlichen Werten orientiert, also auch: Bis zur letzten ukrainischen Soldatin!

Ein Unternehmen im US-Eigentum

Zu diesem grünlackierten Unternehmen kommt die wichtigste Eigenschaft hinzu: Der «deutsche» Rüstungskonzern Rheinmetall ist gar nicht deutsch. Er ist im Eigentum von US-Investoren. Das steht aber nirgends in den Geschäftsberichten des Konzerns.

Die üblichen Börsenportale dokumentieren: 9 der 10 führenden Rheinmetall-Aktionäre haben ihren Sitz in den USA, in dieser Reihenfolge: Harris Associates, Wellington, Capital World, Fidelity, LSV, Vanguard, BlackRock, Dimensional, BKF. Nur der norwegische ölfinanzierte Staatsfonds Norges ist als einziger Nicht-US-Aktionär dabei: Er tut neuerdings etwas sozial und umweltbewusst und hat seine Anteile in der Rüstung reduziert – aber ganz kann er seine öligen Finger doch nicht vom lukrativen Geschäft lassen, gerade jetzt.

Sonst in den DAX-Konzernen wie Bayer, Daimler, Deutsche Bank sind auch noch deutsche Grossaktionäre und Investoren aus Katar, Singapur, Kuwait oder China dabei – nichts davon bei Rheinmetall. Die 9 US-Aktionäre sind zudem mehrheitlich selbst untereinander aktionärsässig verflochten[1] und bilden damit die Gruppe der absolut führenden Rheinmetall-Eigentümer, ungleich mehr als in jedem anderen DAX- und MDAX-Konzern.

Zusätzlich sind die genannten Aktionäre Capital World, Fidelity, Vanguard, Dimensional und BlackRock sowie weitere US-Investoren wie John Hancock und SEI noch mit Spezialfonds an Rheinmetall beteiligt. Damit wird die US-Dominanz weiter gesteigert.

Bei diesen Aktionären schwanken die Anteile allerdings ständig, weil mit den Aktien je nach Börsen- und Kriegslage spekuliert wird, durch schnellen Verkauf und Zukauf. Wie aus den gesetzlichen Stimmrechtsmitteilungen hervorgeht, hat etwa BlackRock schon im Jahr vor dem Krieg, 2021, seinen Anteil auf 4,99 Prozent verdoppelt. Und einige Monate nach Kriegsbeginn, am 5. Juli 2022, hat BlackRock seinen Anteil nochmal fast verdoppelt, auf 8,28 Prozent.

«Nicht identifizierte» Aktionäre

Alle diese Aktionäre versteckt der Konzern vor der deutschen Öffentlichkeit: In den Geschäftsberichten werden sie alle namentlich nicht erwähnt, sondern nur unter «institutionelle Aktionäre» anonym als Zahl zusammengefasst. Laut dem letztveröffentlichten Geschäftsbericht 2021 kommen die meisten dieser Anonymen aus den USA, nämlich 42. Dann folgen 23 dieser Anonymen aus «Europa», und 3 Namenlose aus dem «Rest der Welt», zusammen also 68.[2]

Und nach diesen 68 Namenlosen folgen 31 weitere Aktionäre, die noch unter anderen Formen der Namenlosigkeit auf- bzw. abtauchen. Es beginnt mit 17 «Privataktionären». Dann werden noch drei Aktionäre als «andere Aktionäre» geführt, natürlich ebenfalls namenlos.

Und dann sind da noch laut Geschäftsbericht 11 weitere Aktionäre. Sie bilden wieder eine eigene Kategorie: Sie werden als «nicht identifiziert» bezeichnet. «Nicht identifizierter» Aktionär – aufschlussreiche Kennzeichnung, nicht wahr?

Also: Ob man sich demnächst bei einer Demonstration gegenüber der Polizei auch als «Privatbürger» ausweisen kann? Oder als «anderer» Bürger? Und das reicht dann, wie bei Rheinmetall? Oder wir machen das bei der nächsten Demonstration, zum Beispiel vor dem Rheinmetall-Sitz am Rheinmetall-Platz 1 in Düsseldorf: Hier demonstrieren «nicht identifizierte» Bürgerinnen und Bürger und malen ganz CO₂-frei eine grosse Friedensparole und die Namen der US-Eigentümer quer über die Fassade: Das muss doch dann auch möglich sein, unter deutschem Polizeischutz, oder?

Und dann noch die ebenfalls gesichts- und namenlosen Profiteure

Wellington, BlackRock & Co. leiten den Hauptteil der Rheinmetall-Gewinne an ihre superreichen Kapitalgeber weiter. Für sie stellen Wellington, BlackRock & Co. weitere Formen der Anonymität und Vermummung bereit.

Wellington aus Boston/USA hat 5,09 Prozent der Rheinmetall-Aktien. Die sind gegenwärtig etwa 500 Millionen Euro wert. Das Kapital, um diese Aktien zu kaufen, bekam Wellington von etwa 115 superreichen Kapitalgebern. Wellington überweist an sie unter Abzug einer Gebühr die jährlichen Gewinne.

So überweist Wellington die Rheinmetall-Gewinne an Briefkastenfirmen in Finanzoasen, die zum US-geführten Finanzsystem gehören. Durch die Briefkastenfirmen werden die Kapitalgeber anonymisiert, namen- und gesichtslos gemacht, entpersönlicht. Als Anonymisierungsstrukturen dienen zum Beispiel auf den karibischen Cayman Islands die Briefkastenfirmen High Haith Investors (Cayman) II Ltd., Strategies Master Fund (Cayman) L.P. und Elbe Investors (Cayman) sowie Wellington Management Hongkong Ltd.

Der Rheinmetall-Aktionär BlackRock aus New York hat 8,28 Prozent der Aktien – jedenfalls galt das am 5. Juli 2022. Die sind etwa 800 Millionen Euro wert. Das Kapital, um diese Aktien zu kaufen, bekam BlackRock von etwa 155 superreichen Kapitalgebern. Die Briefkastenfirmen, an die die Gewinne dieser entpersönlichten Superreichen überwiesen werden, heissen zum Beispiel BlackRock Jersey International Holdings L.P. auf der britischen Kanalinsel Jersey, SAE Liquidity Fund auf den Cayman Islands und BlackRock Luxemburg Holdco im EU-Gründungsstaat Luxemburg.

So werden die klammheimlichen Aufrüstungs- und Kriegsgewinnler gegenüber der Öffentlichkeit, den zuständigen Finanzämtern und der Finanzaufsicht unkenntlich und verantwortungslos gemacht. Darunter können natürlich auch deutsche Kapitalgeber sein, theoretisch auch Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats von Rheinmetall, auch zum Beispiel Rüstungs-Lobbyistinnen im Bundestag.

Ob eine im Bundestag vertretene Partei mal so «mutig» ist, um eine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung zu stellen, zur organisierten Steuerflucht, oder auch zu anderen Aktivitäten von Rheinmetall und seiner Aktionäre?

Superbrav abgeseget nach deutschem Mitbestimmungs-Recht

Dass alles sein schönes deutsches nachhaltiges Aussehen behält, dafür sorgen diverse deutsche Pappnasen. Sie bevölkern gut alimentiert den Vorstand und den Aufsichtsrat. Sie alle werden, im Unterschied zu den Aktionären, im Rheinmetall-Geschäftsbericht mit ihren Namen, Titeln und weiteren Angaben korrekt genannt.[3]

Der Vorsitzende des Vorstands heisst Armin Pappberger (Chief Executive Officer). Weitere Mitglieder im Vorstand: Dagmar Steinen (Chief Financial Officer & Director), Michael Salzmann (Chief Compliance Officer), Philipp von Brandenstein (Head Corporate Communication), Peter-Sebastian Krause (Member Management Board), Drik Winkels (Head Investor Relations) und Dr. Rolf Giebeler (General Counsel).

Den Vorsitzenden des Aufsichtsrats gibt Dipl. Kfm. Ulrich Grillo, Chef der Grillo-Werke und der Rheinzink GmbH und noch Mitglied im EON-Aufsichtsrat. Die weiteren Mitglieder der Kapitalseite: Die Professorin Dr. Susanne Hannemann von der Hochschule Bochum und die Vorsitzende der Pfeiffer Vacuum Technologie, Dr. Britta Giesen, die Professoren Dr. Dr. h.c. Sahin Albayrak und Dr. Andreas Georgi von der TU Berlin bzw. Universität München. Dr. Ing. Klaus Dräger kommt vom Vorstand der BMW AG, und ein Ex-CDU-Verteidigungsminister namens Dr. Franz-Josef Jung passt auch dazu. Akademische Titel in Fülle, alles seriös.

In gleicher Zahl sind im Aufsichtsrat auch die Gewerkschaften bzw. Betriebsräte vertreten. Den stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gibt Dr. Daniel Hay. Er ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung in der gewerkschaftlichen Hans Böckler-Stiftung (HBS).

Als weitere Mitglieder firmieren die Betriebsräte Dagmar Muth (Rheinmetall Defence), Ralf Bolm (Rheinmetall Waffe Munition), Dr. Michael Mielke (Pierburg Berlin), Markus Schaubel (Rheinmetall Automotive) und Sven Schmidt (Vorsitzender des Konzernbetriebsrats) sowie Barbara Resch von der IG Metall.

Bei Rheinmetall gibt's also überhaupt keine Gewerkschaftsfeindlichkeit und keinerlei Verletzung des Mitbestimmungsrechts wie in vielen anderen Unternehmen in Deutschland oder bei US-Konzernen wie Amazon, wo Wellington, BlackRock&Co auch führende Aktionäre sind. Im Gegenteil: Im US-Rüstungskonzern Rheinmetall gibt's deutsche Mitbestimmung at its best.

Hier in der öffentlichen Fassade geht alles superkorrekt und brav nach deutschem Recht zu. Da wird Deutschheit simuliert, während es dahinter ganz anders zugeht.

Ein grenzen- und gesetzloser Konzern

«Wir sind überall in der Welt» – so das Motto des US-Konzerns Rheinmetall.

Das folgt dem Motto des Eigentümer-Staats. Auch wenn die USA keine Kriege, Manöver, Spezialoperationen und dergleichen durchführen, sind die US-Militärs mit 857 Militärstützpunkten ausserhalb ihres eigentlichen Staatsgebiets rund um den Globus dauerhaft aktiv: In Mitgliedsstaaten von US-geführten Militärbündnissen, in zehn europäischen NATO-Staaten wie Deutschland, in annektierten Gebieten wie Hawaii, Guantanamo, Guam und Dutzenden anderer Staaten und Territorien,[4] mit Kreuzern und U-Booten, Transportflugzeugen und Kampffjets, Bombern, Drohnen, Satelliten, Panzern, Jeeps, LkWs (alle noch nicht ganz CO₂-frei).

Zur zeit- und ortsnahen Belieferung dieses globalen Militärbetriebs betreibt Rheinmetall nach eigenen Angaben 133 Standorte in 33 Staaten, und geliefert wird in noch ein paar mehr, in 139 Staaten. Die Standorte und Kunden sind dort, wo vor allem das US-Militär präsent und operativ tätig ist. In Deutschland hat der US-Konzern 42 Standorte. Auf die NATO- und auch (noch) Nicht-NATO-Staaten Europas sind 45 Rheinmetall-Standorte verteilt. Aber auch in der «neutralen» Schweiz ist der US-Konzern präsent: Dort wurde ein Teil des traditionsreichen Rüstungsunternehmens Oerlikon übernommen.

Mit der Feindschaftserklärung unter US-Präsident Obama gegen China setzte sich die Amerikanisierung fort: Hinzu kamen 18 Standorte in Asien, in Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland. Im Jahr 2014 holte Rheinmetall den Ex-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel (FDP) als Strategieberater. So produzieren und liefern Standorte auch noch in Südafrika, Katar, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Auf dem amerikanischen Kontinent sind es 15 Betriebe, davon 10 in den USA, soviel wie in keinem anderen Staat ausserhalb Deutschlands.

Rheinmetall hat Erfahrung, wie unter den Kanzlerschaften von Angela Merkel die ohnehin immer weiter gelockerten Rüstungs-Export-Kontrollen umgangen werden konnten, etwa durch Filialen in anderen Staaten wie USA, Italien und Österreich.[5]

Enge Kooperation mit US-Rüstungskonzernen

Für den Ukraine-Krieg hat Rheinmetall seinen Aufstieg beschleunigt. So wurde 2021 der spanische Munitionshersteller Expal zugekauft, damit noch mehr an die Front geliefert werden kann. In 2022 wurden 700 Millionen Euro investiert, um die Produktion um 10 Prozent zu erhöhen. In Ungarn wird eine neue Fabrik errichtet.[6]

Rheinmetall wurde zum Kooperationspartner des grössten US-Rüstungskonzerns. Für den neuen Kampffjet F-35 von Lockheed darf Rheinmetall das 6,5 Meter lange Mittelstück zwischen Cockpit und Heck bauen. Das hat auch der deutschen Regierung erleichtert, aus Anlass des Ukraine-Krieges diesen teuren Jet zu kaufen, erstmal drei Dutzend. Das ist auch eine Einladung an weitere europäische NATO-Mitgliedsstaaten, ebenfalls auf eigene Entwicklungen zu verzichten und das Lockheed-Rheinmetall-Produkt zu kaufen.

Mit anderen US-Unternehmen werden technologische Innovationen vorangetrieben. American Rheinmetall Vehicles (ARV) hat mit Allison Transmission das elektrische Antriebssystem eGenForce für die neue Generation des US-Kampfpanzers Abrams entwickelt: Der Motor kann bei Bedarf im Gefechtsfeld auf umweltfreundlichen CO₂-freien Antrieb umgeschaltet werden: Dann macht der Motor keinen Lärm, emittiert keine Wärme und ist von feindlichen Drohnen schwerer zu entdecken.

Rheinmetall wurde zum integralen Teil der US-Strategie. Und BlackRock ist nicht nur Aktionär bei Rheinmetall und auch bei den wichtigsten EU-Rüstungskonzernen wie Leonardo (Italien) und BAE Systems (Grossbritannien) und natürlich auch in den Top Ten des US-Militärkomplexes wie Boeing, Lockheed, Raytheon, General Dynamics. BlackRock ist mit zwei Managern auch in der US-Regierung vertreten – beginnend unter Präsident Barack Obama und jetzt wieder unter Joe Biden – und ist damit auch Kriegspartei bei allen Kriegen und Rüstungsexporten, die von den USA ausgehen, von dort befördert werden, direkt oder indirekt.

Und seit Ende 2022 ist BlackRock gleichzeitig noch offizieller Berater der ukrainischen Regierung, und zwar für den «Wiederaufbau» der Ukraine nach dem Krieg: Dieser jetzt vorbereitete und von Rheinmetall-Aktionär BlackRock koordinierte «Wiederaufbau» fällt umso lukrativer aus, je länger und lukrativer der ebenfalls von Rheinmetall belieferte Krieg erst noch dauern wird und dadurch vorher möglichst viel zerstört wird.

Neue Panzerfabrik in der Ukraine

Rheinmetall will den deutschen Panzerhersteller Krauss Maffei Wegmann (KMW), der einigen urdeutschen Oligarchen-Clans gehört und den bisherigen deutschen Kampfpanzer Leopard herstellt, allmählich ablösen. Rheinmetall arbeitet an der Entwicklung des eigenen Panzers KFS 1 Panther.

Am 4. März 2023 gab Vorstandschef Pappberger bekannt: Wir verhandeln mit der Regierung Selensky über die Errichtung eines neuen Panzerwerks in der Ukraine: «Die Gespräche sind vielversprechend, ich hoffe auf eine Entscheidung in den nächsten zwei Monaten.»[7] Jährlich sollen dann bis zu 400 des high tech-Panzers Panther gebaut werden. Die Ukraine wäre der erste Kunde.[8] Damit wäre auch die Ablösung der KMW-Leopard-Konkurrenz geklärt und alles in US-Hand.

Das neue Panzerwerk wäre wohl erst in zwei Jahren produktionsfähig. Aber der Krieg gegen (nicht nur) Russland ist auf lange Sicht angelegt, unabhängig davon, wie der jetzige Krieg erstmal ausgeht.

Die korrupte, hoffnungslos überschuldete Regierung der Ukraine, dem schon vor dem Krieg am tiefsten verarmten Land Europas, führt für die USA den lange vorbereiteten Stellvertreterkrieg gegen Russland. Zehntausende ukrainische Soldaten und Soldatinnen wurden von Selensky, Biden, Scholz, von der Leyen, Baerbock und BlackRock & Co. bereits auf dem Altar der «westlichen Werte» geopfert, und das soll weitergehen. Das passt auch zur «feministischen» Aussenpolitik der deutschen Aussenministerin, nicht wahr?

Ist diese menschenverachtende, perverse Logik nicht auch einer der vielen Gründe, endlich in Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden einzutreten?

Titelbild: charnsitr / Shutterstock

[«1]Werner Rügemer: *BlackRock & Co. enteignen! Frankfurt/Main 2. Auflage 2022, S. 35*

[«2]Rheinmetall AG: *Geschäftsbericht 2021, S. 20*

[«3]Die folgenden Angaben wie sonst aus dem Geschäftsbericht beziehen sich auf das Jahr 2021, der Geschäftsbericht für 2022 ist noch nicht veröffentlicht.

[«4]worldbeyondwar.org/no-bases

[«5]Die Geschichte von Rheinmetall. *Das Geschäft mit dem Tod, war-starts-here.camp/rheinmetall-2/; hier auch Angaben zu weltweiten Lizenzen, joint ventures sowie Belieferungen von kriegsführenden Staaten.*

[«6]Der Spiegel 28.1.2023

[«7]So kann Rheinmetall seine Panzerfabrik vor russischen Angriffen schützen, *WirtschaftsWoche 8.3.2023*

[«8]Rheinmetall will Panzerfabrik in der Ukraine bauen, *tagesschau.de 4.3.2023*

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=94775>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MIP
PAIX
PAZ



EIPHNH
VREDE
平和
שלום
शांति
سلام
صلح

FIGU.ORG

FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Schweizland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrunen>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrunen> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrunen> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrunen>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

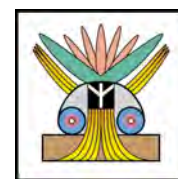
angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy